Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 1 | Ausgegeben am 2. Oktober 1914 | 33. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Sozialdemokratie im Kriege.

Von K. Kautsky.

Unsere Partei hat viel über die Mittel und Methoden diskutiert, einen drohenden Krieg zu verhindern, dagegen viel seltener die Frage erörtert, wie sie sich während eines Krieges verhalten solle, den zu verhindern ihre Kraft nicht ausreichte. Darin liegt wohl kein Zufall.

In der Agitation um die Erhaltung des Friedens vermochte die Sozialdemokratie noch ihre volle Kraft ungehindert zu entfalten. Dagegen mußte sie von vornherein damit rechnen, daß sie durch den Ausbruch des Krieges unter das Kriegsrecht gestellt und in ihrer freien Bewegung gehindert werde. Nie ist eine Regierung so stark, nie die Parteien so schwach, wie beim Ausbruch eines Krieges.

Indes, so begreiflich es ist, daß man an ein so heikles Thema mit großer Zurückhaltung herantrat, so ist es doch zu bedauern, daß wir es in Friedenszeiten nicht ausführlicher erörtert haben. Gerade die Haltung während eines Krieges ist ein viel komplizierteres Problem als die Agitation für den Frieden. Und die Kriegszeit selbst ist am ungeeignetsten zu ruhiger, unbefangener Diskutierung strittiger Fragen. Objektivität wird da fast unmöglich, ja, sie gilt manchem als Verbrechen.

So lange der Krieg nur droht, ist die Sache für uns sehr einfach: es gibt unter den heutigen Verhältnissen keinen Krieg, der nicht für die Nationen im allgemeinen und das Proletariat im besonderen ein Unglück wäre. Wir diskutierten darüber, durch welche Mittel wir einen drohenden Krieg verhindern könnten, nicht darüber, welche Kriege nützlich, welche schädlich seien.

Die Sachlage ändert sich mit einem Schlage, sobald es sich herausstellt, daß wir nicht in der Lage sind, den Krieg zu verhindern, also, sobald er ausgebrochen ist. So lange nicht die Zeit zum Friedensschluß reif scheint, lautet die praktische Frage nicht mehr: Krieg oder Frieden. Sie heißt: Sieg oder Niederlage des eigenen Landes.

Es wäre wohl denkbar, daß auch nach Ausbruch des Krieges eine Partei dem Krieg entgegenwirkt, ohne daß sie das eigene Land lähmt. Dazu gehörte, daß diese Gegenwirkung gleichzeitig und mit gleichem Erfolg auf beiden Seiten unternommen wird. In dieser Form könnte sie, statt die Niederlage, den Frieden herbeiführen. Praktisch ist etwas derartiges noch nie versucht worden. Seine Möglichkeit wurde von uns stets bestritten. Wir können davon ganz absehen. Dann bleibt nach Kriegsausbruch nur die Frage bestehen: Sieg oder Niederlage?

Nun ist selbstverständlich der Fall ausgeschlossen, daß man praktisch auf die Niederlage des eigenen Landes hinarbeitet. So reduziert sich das Pro-

blem auf die Frage, ob man dem Krieg mit Leidenschaft oder mit Bedenken gegenübersteht. Die Beantwortung dieser Frage ist keineswegs von vornherein gegeben, sie hängt ganz von der Art des Krieges ab, der geführt wird.

Bebel hat zu verschiedenen Malen erklärt, und so noch in Essen (1907): „Wir müssen das Vaterland verteidigen, wenn ein Angriff kommt."

Das war damals wohl die Auffassung der großen Mehrheit des Parteitags. Ja, man kann sagen, daß sie seit langem die Welt überhaupt beherrscht. Und an und für sich läßt sich kaum etwas dagegen einwenden. Doch wird sie als unfehlbare Richtschnur oft versagen. Der Angegriffene hat stets auf größere Kriegsbegeisterung im eigenen Volke, aber auch auf größere Sympathien bei den Neutralen zu rechnen, als der Angreifer, der den Frieden, dieses höchste Gut, frivol stört. Gerade, weil dem so ist, haben auch wirkliche Angreifer stets danach getrachtet, vor der Welt als die Angegriffenen zu erscheinen, wobei sie unterstützt wurden durch die Heimlichkeit, mit der diplomatische Verhandlungen wie Kriegsvorbereitungen in der Regel vor sich gehen.

Beim Ausbruch eines Krieges rufen daher nicht bloß beide Parteien denselben Gott zum Schutze ihrer großen Sache an, sondern auch die Bevölkerung hüben wie drüben wähnt sich in gleicher Weise angegriffen.

Diese Erfahrung veranlaßte mich in Essen, der Bebelschen Auffassung entgegenzutreten — einer der wenigen Fälle, in denen wir voneinander abwichen.

Bebel meinte damals:

„Man hat mir gesagt, und auch Genosse Kautsky hat in diese Kerbe gehauen —: Was ist ein Angriffskrieg? Ja, es wäre doch sehr traurig, wenn wir heute, wo große Kreise des Volkes sich Tag für Tag viel mehr um Politik kümmern wie früher, noch nicht sollten beurteilen können, ob es sich im einzelnen Falle um einen Angriffskrieg handelt oder nicht."

Nun, die Erfahrung zeigt, daß es Fälle gibt, in denen auch die größte politische Schulung nicht ausreicht, ohne weiteres bei Ausbruch eines Krieges einwandfrei festzustellen, wer der Angreifer sei. Schon deswegen, weil es Situationen gibt, in denen sich alle beteiligten Mächte in eine Sackgasse verrennen, aus der keine friedlich ohne erhebliche Einbuße an Kraft und Ansehen heraus kann, in der kampfloses Nachgeben für jede eine Niederlage bedeutet. Es hängt dann oft vom Zufall oder von dem verschiedenen Ausmaß diplomatischer Geschicklichkeit ab, wer den ersten Schlag tut und als der Angreifer erscheint.

Diesmal war die Entscheidung besonders schwierig durch die Raschheit, mit der die Ereignisse über uns hereinbrachen und durch die Komplikationen infolge der Bündnispolitik, die von Tag zu Tag wuchsen.

Durch diese Komplikationen verlor aber auch jener Wegweiser seine Deutlichkeit, den ich in Essen dem Bebelschen des Angriffskriegs entgegenhielt. Ich sagte damals:

„Die deutsche Regierung könnte eines Tages den deutschen Proletariern weismachen, daß sie die Angegriffenen seien, die französische Regierung könnte das gleiche den Franzosen weismachen, und wir hätten dann einen Krieg, in dem deutsche und französische Proletarier mit gleicher Begeisterung ihren Regierungen nachgehen und sich gegenseitig morden und die Hälse abschneiden. Das muß verhütet werden

und das wird verhütet, wenn wir nicht das Kriterium des Angriffskrieges anlegen, sondern das der proletarischen Interessen."

Auch dieses Kriterium, diese Richtschnur wurde beim Ausbruch des jetzigen Krieges hüben wie drüben in Betracht gezogen — doch in gleicher Weise, wie das des Angriffskriegs, führte es Deutsche und Franzosen zu einer gegensätzlichen Auffassung.

Unsere französischen Genossen haben im Verein mit den belgischen ein Manifest erlassen, in dem sie erklären, sie müßten hinter ihrer Regierung stehen, einmal, weil von deutscher Seite „der Angriff . . ., der Krieg gewollt war", und dann, weil sie „die Freiheit und das Recht" gegen „den deutschen Imperialismus" verfechten. Unter diesem Imperialismus ist, nebenbei erwähnt, wohl nicht der englische, jetzt auch uns geläufige Begriff des Strebens nach einem großen Kolonialreich zu verstehen — in dieser Beziehung haben doch Frankreich und Belgien, ebenso wie England, Deutschland nichts vorzuwerfen —, sondern das Wort ist hier jedenfalls im französischen Sinne gemeint, als Bezeichnung kaiserlicher, im Gegensatz zu republikanischer Politik. In Frankreich hat das Wort noch den Beigeschmack des Bonapartismus.

Sie fühlen sich also verpflichtet zu kämpfen als Republikaner gegen das Kaiserreich. Die gleiche Verpflichtung zum Kampf empfanden aber die meisten deutschen Sozialdemokraten, denn ihnen erscheint der Krieg als Kampf eines Reiches mit allgemeinem, gleichem Wahlrecht, Koalitionsrecht und Preßfreiheit gegen den zarischen Despotismus. Die Deutschen kämpfen gleichzeitig gegen den Zaren und die Republik, die Franzosen gleichzeitig gegen den deutschen „Imperialismus" und für den russischen Absolutismus. Wo liegt da das proletarische und demokratische Interesse?

Jedesmal aber finden wir, daß der Gegensatz zwischen deutschen und französischen Sozialisten nicht in dem Kriterium liegt, nicht in der grundsätzlichen Auffassung, sondern in der verschiedenen Auffassung der Situation, die selbst sich wieder aus der Verschiedenheit der geographischen Lage der Beurteilenden ergibt. Dieser Gegensatz wird sich also kaum überwinden lassen, so lange der Krieg tobt. Jedoch ist er kein prinzipieller Gegensatz, sondern einer besonderen Situation entsprungen, und braucht daher diese nicht zu überdauern.

Natürlich ist die in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschende Auffassung nicht zu verwechseln mit jener naiven Volksanschauung, die in Deutschland noch sehr stark ist und die in allen Russen nur Kosaken, Baschkiren und Kalmücken, willenlose Werkzeuge des Zarismus sieht. Man weiß in unserer Partei sehr wohl die kolossale Umwälzung zu würdigen, die sich im russischen Volke während des letzten Menschenalters vollzog und die einen so gewaltigen Ausdruck in der Revolution von 1905 fand. Wir wissen, daß die Demokratie in Rußland auf dem Marsche ist, daß sich schon vor dem Kriege in den proletarischen Massen und auch in der Bourgeoisie eine starke Gärung bemerkbar machte. Wir stehen nicht mehr auf dem Standpunkt, ein Krieg gegen Rußland sei notwendig, die Macht des Zaren zu brechen oder die Demokratie Westeuropas zu schützen. Im Gegenteil, der Krieg zwischen Deutschland und Rußland kann — muß nicht — heute für die Demokratie beider Reiche Hemmungen mit sich bringen — wer immer siegen mag. Die Anschauung, der Krieg gegen Rußland sei ebenso ein

Unglück wie jeder andere Krieg, widerspricht jedoch keineswegs der Ueberzeugung, daß, nachdem der Krieg einmal hereingebrochen ist, unter allen unglücklichen Folgen, die er nach sich ziehen mag, ein Sieg des Zaren die unglücklichste wäre.

Vermochte aber weder das Kriterium des Angriffskrieges noch das des proletarischen Interesses in der heutigen Situation eine für die Genossen aller Länder gleich klare und bindende Auffassung herbeizuführen, so blieb als entscheidendes Kriterium noch ein drittes übrig. Mochte man darüber streiten, wer der Angreifer sei, wer der Angegriffene, was die Demokratie Europas mehr bedrohe, ein Sieg Deutschlands über Frankreich, oder ein Sieg Rußlands über Deutschland; eines ist klar: jedes Volk und auch das Proletariat eines jedes Volkes hat ein dringendes Interesse daran, den Landesfeind am Ueberschreiten der Grenzen zu hindern, da dadurch die Schrecken und Verheerungen des Krieges ihre furchtbarste Form, die der feindlichen Invasion annehmen. Und in jedem nationalen Staat muß auch das Proletariat seine ganze Energie dafür einsetzen, daß die Selbständigkeit und Geschlossenheit des nationalen Gebiets unversehrt bleibt. Das ist ein wesentliches Stück der Demokratie, dieser notwendigen Basis für den Kampf und Sieg des Proletariats.

Die Lage der Volksmasse eines Staates muß eine ganz verzweifelte und aussichtslose geworden sein, soll sie in einem kriegerischen Mißerfolg der Regierung, der den Feind ins Land bringt, ja der die Zerstückelung der Nation oder die Fremdherrschaft herbeiführt, das kleinere Uebel gegenüber dem bestehenden Zustand sehen. Auch ein arg bedrücktes Volk, das die Politik der Regierung mißbilligt, die zum Kriege führte, wird sich mit Energie gegen den eindringenden Landesfeind wenden, wenn es sich stark genug fühlt, später, im Frieden, noch aus eigener Kraft mit dem Druck der Regierung fertig zu werden. Nicht einmal in Rußland ist heute die Lage des Proletariats eine solche, daß es nur vom Siege des äußeren Feindes seine Rettung erwarten könnte.

Für das Kriterium des Schutzes der Heimat vor Verwüstung und Plünderung, des Schutzes der Nation vor Zerstückelung und Fremdherrschaft liegen bei Ausbruch eines Krieges die entscheidenden Tatsachen aber meist offenkundiger zutage, als für das des Angriffskriegs oder der proletarischen Interessen. Es handelt sich hier bei einem nur halbwegs freien Lande bloß um das Verhältnis der Kräfte und die Größe der Gefahren, die vom Gegner drohen. Ist er so schwach, daß er von vornherein nicht imstande wäre, in das andere Land einzudringen, mit dem er in Krieg geraten ist, dann wird die Sozialdemokratie des stärkeren Landes, wenn nicht eines der beiden anderen Kriterien dagegen spricht, der Kriegführung der eigenen Regierung aufs entschiedenste Opposition machen und ihr entgegentreten, wo sie kann.

Das tat sie in den Vereinigten Staaten während des Krieges gegen Spanien, in England im Burenkrieg, in Rußland während des Krieges mit Japan — die Japaner, obwohl stark, drohten doch nie Rußland zu verwüsten oder zu verkleinern —, in Spanien bei der Marokkanischen Expedition, in Italien beim Feldzug nach Tripolis.

Eigenartig gestalten sich die Verhältnisse in England, vornehmlich wegen seiner insularen Lage, die noch so manche andere seiner Eigentümlichkeiten erklärt. Durch sie ist es vor jeder feindlichen Invasion geschützt, so-

lange seine Flotte die See beherrscht; die insulare Abschließung vom Ausland hat ihm aber auch früh eine große nationale Geschlossenheit verliehen. Seit dem 17. Jahrhundert, seitdem Irland dauernd englischer Besitz geworden, lockte die Engländer keine Vermehrung, schreckte sie keine Verkleinerung des Territoriums der Nation. Gleich den Staaten des Festlandes haben auch sie seitdem zahlreiche Kriege geführt. Aber für die Kontinentalstaaten kam dabei fast stets die Vergrößerung oder Verkleinerung ihres eigentlichen Territoriums in Europa in Frage. Für England nur Kolonien und Flottenstationen, über deren Zweckmäßigkeit man wohl streiten konnte.

Nimmt man dazu die kolossale Macht des englischen Parlaments, die bis heute noch von keinem anderen Parlament erreicht worden ist, dann wird die eigenartige Tatsache begreiflich, daß im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten England seit 200 Jahren keinen großen Krieg geführt hat, der nicht während seines Verlaufs die energischste Opposition im eigenen Lande fand. In dem Krieg gegen die amerikanischen Kolonien, der 1775 begann und 1783 mit der Anerkennung ihrer Selbständigkeit endete, trat im englischen Parlament eine starke Partei mit äußerster Entschiedenheit auf die Seite der Rebellen. Unter ihnen vor allem Fox und Burke. Fox verherrlichte die Generäle der Amerikaner und griff die der Engländer aufs wütendste an. Die Siege der Engländer erschienen ihm beklagenswert, ihre Niederlagen erfreuten ihn.

„Im Parlament bot er seine ganze Beredsamkeit auf, um darzutun, daß es Frankreichs und Spaniens wahres Interesse sei, zugunsten der amerikanischen Unabhängigkeit das Schwert zu ziehen. . . . In jedem Stadium des Kampfes wandte die Opposition ihren Einfluß auf, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten." (Lecky, Geschichte Englands im 18. Jahrhundert, deutsch von Löwe, IV, 73, 74.)

Das gleiche wiederholte sich in dem Kriege gegen Frankreich nach dem Ausbruch der Revolution:

„Jedes Jahr hat die Opposition auf Frieden mit Frankreich angetragen und über jede Niederlage der englischen Waffen ein Hohngeschrei angestimmt, als wenn sie aus Franzosen und Irländern und nicht doch aus Engländern bestünden." (Oncken, Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege, II, S. 40.)

Und das wiederholt sich bis heute. Wir erlebten diese Opposition gegen den Krieg während des Feldzuges in Südafrika und sehen sie jetzt wieder, wo nicht nur vor dem Ausbruch des Krieges, sondern noch während seiner Führung die lebhaftesten Proteste gegen ihn laut werden, die in jedem anderen Staate unmöglich wären. Keine Regierung, aber wohl auch nicht die Masse der Bevölkerung würde sie in einem Kontinentalstaat in einer ähnlichen Lage dulden.

Bemerkenswert ist es, daß so wie beim Burenkrieg, so auch diesmal die Sozialisten Englands keine einheitliche Haltung aufweisen. Doch sind die Kriegsgegner von heute nicht identisch mit denen vor 15 Jahren. Während das, was man den rechten Flügel der Partei nennen kann, vor allem die Fabier, damals energisch an dem Krieg Anteil nahm und die radikaleren Elemente ihn als ein Verbrechen brandmarkten — doch gab es auch Ausnahmen —, zeigt sich heute die British Socialist Party kriegsfreundlicher wie die Fabier. Diese betrachten den russischen Absolutismus als den gefährlichsten Feind und sind gegen seine Unterstützung durch England, indes

jene die Gefährdung der französischen Republik in den Vordergrund stellen und die Verhinderung des Sieges des deutschen Militarismus für die Hauptaufgabe halten.

Ganz anders als in England und in den früheren, oben erwähnten Kriegen der letzten Jahrzehnte stand es diesmal beim Kriegsausbruch auf dem Kontinent. Die Kräfte waren ungefähr die gleichen. Kein Mensch vermochte vorherzusehen, ehe sie sich gemessen, auf welche Seite sich der Sieg neigen werde. Jedem der beteiligten Völker drohten die schlimmsten Verluste im Falle einer Niederlage und drohte eine zerschmetternde Niederlage, wenn es nicht jeden Nerv anstrengte.

Dazu kommt noch, daß diesmal die gesamte wehrfähige Masse der Nationen direkt am Krieg beteiligt ist — ebenfalls mit Ausnahme Englands, das noch an seinem alten Werbesystem festhält, was wieder mit seiner insularen Stellung und Freiheit vor jeder Invasionsgefahr zusammenhängt. An dem Tage, an dem England aufhörte, die See zu beherrschen, würde es die allgemeine Wehrpflicht einführen.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß sich auch solche Sozialisten mit voller Leidenschaft in den Kampf stürzten — hüben wie drüben —, die weder die Frage, wer der Angreifer sei, noch die, welche Seite das höhere proletarische und demokratische Interesse vertrete, für völlig geklärt erachteten.

Welche unter den hier dargestellten drei Kriterien unserer Stellung zum Kriege die entscheidenden für die Haltung der Genossen in den einzelnen Ländern geworden sind, läßt sich unmöglich feststellen.

In den meisten Fällen wird man sie wohl nicht genau geschieden haben und werden sie alle drei vereint das Urteil bestimmt haben, soweit es verstandes- und nicht gefühlsmäßig gefällt wurde. In der Bevölkerung scheint das Kriterium des Angriffskrieges zu überwiegen, soweit man nach der Haltung der Presse urteilen kann.

Für das sozialistische Denken hat es jedoch seine Gefahren, wenn man die Haltung zum Krieg ausschließlich von der Beantwortung der Frage abhängig macht: wer ist der Angreifer? Namentlich dann, wenn die Sachlage zweifelhaft ist und man nicht untersucht, ob der Krieg aus großen, historischen Gegensätzen hervorging, die in ökonomischen, von dem Belieben der einzelnen unabhängigen Triebkräften wurzeln. Wenn man ferner davon absieht, zu untersuchen, wie der Ausgang des Krieges politisch wirken wird, sondern die Untersuchung auf ein gerichtliches Verfahren zur Aburteilung des Schuldigen reduziert, der das ungeheure Verbrechen des Weltkrieges in frivoler Weise über die friedliebende Welt heraufbeschworen und die Abwehr dagegen den anderen aufgezwungen hat. Auf der einen Seite liegt bei solcher Betrachtung alle Schuld, alles Unrecht, auf der anderen alle Unschuld, alles Recht.

Nach diesem Kriterium sind die Sozialisten des angreifenden Landes ebensosehr verpflichtet, die Kriegskredite zu verweigern, wie die anderen, sie zu bewilligen. Wenn die Sozialisten im Lande des Angreifers für die Kriegskredite stimmen, so bezeugen sie damit entweder ihre Feigheit oder ihre Unfähigkeit, das klare Recht zu erkennen, also auf jeden Fall ihre Minderwertigkeit.

Kommen die Sozialisten hüben wie drüben zu der Ueberzeugung, ihr Staat sei der Angegriffene — entweder direkt oder indirekt, durch Angriff

auf den Verbündeten, dessen Schwächung die eigene Schwächung nach sich zöge —, dann muß daraus Geringschätzung, ja Haß gegen die Genossen im feindlichen Lager hervorgehen.

Noch mehr. Der Angreifer ist ein Verbrecher. Verbrecher muß man bestrafen oder doch unschädlich machen. Man muß also den Krieg, den er uns aufgezwungen, solange führen, bis der Verbrecher hilflos am Boden liegt und muß ihm dann seine Glieder so amputieren, daß er sich nicht wieder rühren kann. Dies die logische Konsequenz der Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskrieg. Sie muß die nationalen Gegensätze im Volksbewußtsein furchtbar verschärfen.

Ganz anders wirkt die marxistische Auffassung, die nicht danach strebt, zu verurteilen, sondern zu begreifen. Sie kann in einem gegebenen Fall zu dem Ergebnis kommen, daß bei den verschiedenen Mächten die gleichen Tendenzen herrschen, die sie in einen feindlichen Gegensatz zueinander bringen, daß in der Beziehung keine der anderen etwas vorzuwerfen hat. Kommt es trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie darob zu einem Kriege, dann muß sich eben jede Nation ihrer Haut wehren, so gut sie kann. Daraus folgt für die Sozialdemokraten aller Nationen das gleiche Recht oder die gleiche Pflicht, an dieser Verteidigung teilzunehmen, keine darf der anderen daraus einen Vorwurf machen.

Daraus folgt aber auch die weitere Pflicht der Sozialdemokratie jeder Nation, den Krieg nur als Verteidigungskrieg zu betrachten, ihm als Ziel nur die Abwehr des Feindes, nicht dessen „Bestrafung" oder Verkleinerung zu setzen. Da diese Auffassung die Ursache des Krieges nicht in persönlicher Schlechtigkeit oder Minderwertigkeit der Gegner, sondern in objektiven Verhältnissen sucht, wird sie trachten, die Sicherung, die der Friedensschluß zu bringen hat, nicht durch Demütigung oder Verstümmelung des Gegners anzustreben, was nur eine neue Kriegsursache für die Zukunft würde, sondern durch Beseitigung der Verhältnisse, die den Krieg herbeiführten, heute also der imperialistischen Gegensätze und des Wettrüstens.

Natürlich reicht unsere Macht zurzeit ebensowenig hin, die Friedensbedingungen zu diktieren, als sie den Kriegsausbruch verhindern konnte. Wir wissen nicht, ob und wieweit es gelingen wird, dem Frieden eine derartige Basis zu geben. Das hängt von Machtverhältnissen ab, die sich heute noch absolut nicht voraussehen lassen. Aber für die proletarische Praxis und das internationale Zusammenwirken der sozialdemokratischen Parteien nach dem Kriege wird es einen bedeutenden Unterschied machen, auf welcher Grundlage sie den Frieden verlangten: ob auf der des Abrüstens und der Verständigung über die Weltpolitik oder ob auf der der Zerstückelung der Unterliegenden, wer immer diese sein mögen.

Trotz dieser Bedenken beherrscht immer noch das Kriterium des Angriffskrieges die Gemüter, jedoch wird es von den beiden anderen Kriterien des proletarischen Interesses und der militärischen Abwehr jedes feindlichen Einbruchs nicht genau geschieden. Vielfach wird sogar eine defensive auswärtige Politik mit einer defensiven Strategie zusammengeworfen. Dagegen wendete sich schon Marx 1870 in einem Brief an Engels:

„Kugelmann verwechselt einen defensiven Krieg mit defensiven militärischen Operationen. Also wenn ein Kerl mich auf der Straße überfällt, so darf ich nur

seine Hiebe parieren, aber nicht ihn niederschlagen, weil ich mich damit in einen Angreifer verwandeln würde." (Briefwechsel, IV, S. 323.)

Ob der Krieg besser defensiv oder offensiv geführt wird, ist eine rein militärische Frage, die mit der, ob er zur Abwehr oder zum Angriff unternommen wird, nichts zu tun hat. Und schließlich muß sich jede Defensive in eine Offensive verwandeln, wenn der Feldzug wirksam geführt werden soll.

Immerhin, wenn auch militärische und politische Offensive streng zu trennen sind, so bleibt doch die militärische Offensive, sobald sie mit ausnehmendem Erfolg betrieben wird, nicht ohne Rückwirkung auf die äußere Politik und verleiht ihr leicht ebenfalls einen offensiven Charakter. So wandelte sich der Charakter des Krieges von 1870. Bei seinem Beginn galt er allgemein als ein Angriffskrieg Napoleons, in seinem Verlauf aber erhielt er immer mehr nicht bloß militärisch, sondern auch politisch den Charakter eines Verteidigungskrieges der Franzosen. Durch eine solche Wandlung während des Krieges vermag sich auch die Haltung der Sozialdemokratie eines Landes zu ändern.

Beim Ausbruch eines Krieges können die beiden Kriterien versagen, die für diese Haltung zunächst in Frage kommen, das des Angriffskrieges wie das des proletarischen Interesses. Es kann zweifelhaft sein, wer der Angreifer ist, von welcher Seite die proletarische oder demokratische Sache mehr zu erwarten hat. Als einziges bestimmendes Kriterium bleibt dann übrig das Bedürfnis, die eigene Nation vor den verheerenden Folgen einer Niederlage zu schützen.

Nimmt der Krieg einen Verlauf derart, daß die eine Wagschale sich mit größter Entschiedenheit auf die eine Seite neigt und verwandelt er sich dadurch ausgesprochen auf der einen Seite in einen Angriffs-, auf der anderen in einen Verteidigungskrieg auch vom rein politischen Standpunkt aus, dann deuten völlig unzweideutig alle drei Kriterien in derselben Richtung: für die siegreiche Nation hört jede Befürchtung auf, ihr Territorium könnte verwüstet, verkleinert, unterjocht werden. Um so entsetzlicher gestaltet sich die Heimsuchung der besiegten Nation. Nun wird der Krieg auch immer mehr politisch von der einen Seite ein Angriffs-, von der anderen ein Verteidigungskrieg. Und schließlich erheischt es das proletarische und demokratische Interesse, daß keine Nation in ihrer Selbständigkeit und Integrität verkürzt wird.

Ist die Sache einmal soweit gediehen, dann kann kein Zweifel mehr sein, dann gibt es für die Sozialdemokraten hüben wie drüben keine gegensätzliche Auffassung der Situation und der daraus erwachsenden Pflichten mehr.

Anders steht freilich die Sache, wenn keine der Nationen so entscheidend siegt, daß sie von der anderen im Verlauf des Krieges keine Invasion, keine Vergewaltigung mehr zu befürchten hat; wenn der Krieg mit wechselndem Erfolg bis zur gänzlichen Erschöpfung aller Teile fortgeführt wird. Dann muß man freilich mit der Möglichkeit rechnen, daß die Haltung sich nicht ändert, die die Sozialdemokratie jeden Landes bei Beginn des Krieges eingenommen. Dann wird es aber um so wahrscheinlicher, daß beim Abschluß des Krieges die tatsächlich angenommenen Friedensbedingungen unserem Standpunkt entsprechen.

Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870.

Ein Wort zum Burgfrieden. Von **Franz Mehring.**

Die Masse der deutschen Parteigenossen erlebt zum ersten Male einen großen Krieg, und auch unter ihrer Minderzahl gibt es nur verhältnismäßig wenige, die den Krieg von 1870 schon von politischer Warte aus mit angesehen haben. An diese Wenigen, und jedenfalls an mich, ist während der letzten Wochen wiederholt aus Parteikreisen die Aufforderung gerichtet worden, Erinnerungen aus dem Jahre 1870 aufzuzeichnen. Ich für mein Teil habe bisher diese Aufforderungen abgelehnt, da ich 1870 politisch noch recht unerfahren war und auch nichts Besonderes erlebt habe.

Neuestens bin ich aber wieder darum angegangen worden, und zwar unter einem Gesichtspunkt, den ich als berechtigt anerkennen muß. Die erschütternde Tatsache, daß die Internationale zusammengebrochen ist und daß die Haltung der deutschen Sozialdemokratie von ihren Schwesterparteien, auch in den neutralen Staaten, ungünstig beurteilt wird, erklärt sich wenigstens zum Teil daraus, daß sich die deutschen Parteiinstanzen, und namentlich die deutschen Parteizeitungen, dem sogenannten Burgfrieden anbequemt, das heißt auf die nachdrückliche Vertretung der Parteiprinzipien während des Krieges verzichtet haben. Sie haben es unter dem eisernen Zwange der Militärdiktatur getan, aber gleichviel, sie haben es getan, und dadurch ist bei den ausländischen Gesinnungsgenossen der Schein hervorgerufen worden, als habe sich die deutsche Sozialdemokratie mit Hand und Herz, mit Haut und Haaren dem Imperialismus ergeben.

Dieser Schein trügt, wir wissen es alle, aber auch ein trügerischer Schein kann gewaltiges Unheil anrichten. Ist der Burgfriede nur ein Interim, so hat auch dies Interim den Schalk hinter ihm. Indem die Partei sich in ihn fügt, bringt sie ein Opfer, das sie nur den dringendsten und höchsten Interessen der Nation bringen darf. Die Trümmer der Internationale warnen, und man braucht noch lange kein Prophet zu sein, um vorherzusehen, daß die Partei durch die Frage des Burgfriedens vor die verhängnisvollsten Entschlüsse gestellt werden kann.

Das Problem stellt sich demnach so: Ist der Burgfriede eine Lebensfrage der nationalen Existenz? Und diese Frage läßt sich nur auf dem Wege der historischen Erfahrung beantworten. Wenn man fragt: Wie war es denn mit dem Burgfrieden im Jahre 1870? so glaube ich, dieser Frage die Antwort nicht versagen zu dürfen. Deshalb zeichne ich einige Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870 auf, wobei ich von mir selbst so wenig wie möglich und nur insoweit sprechen werde, als notwendig ist, um den Standpunkt zu kennzeichnen, von dem aus ich dazumal die Dinge angesehen habe.

* * *

In den letzten Novembertagen des Jahres 1869 war ich in die Redaktion der „Zukunft" eingetreten. Im Burgfrieden hinterpommerscher Landstädtchen aufgewachsen, hatte ich mich mit der lautern Milch preußischer Gesinnung genährt und noch beim Abiturientenexamen auf dem Gymnasium Greifenberg in Pommern die erste Note erhalten über das glückliche Thema: Preußens Verdienste um Deutschland. Auf der Universität hatte sich mein Gesichtskreis erweitert; ich las die „Volkszeitung" und die „Zukunft",

und ich schwankte anfangs, welcher der beiden Zeitungen ich meine literarischen Erstlinge darbringen sollte. Aber Rabbi Bernsteins talmudistischer Scharfsinn war schließlich nicht ganz mein Geschmack und ich sollte erst ein halbes Menschenalter später nach seinem Tode sein Nachfolger werden; einstweilen fesselte mich, zumal da meine literarischen Neigungen noch ungleich stärker waren als meine politischen, die feine und unvergleichliche Feder, die Guido Weiß in der „Zukunft" führte.

Sie war das Organ Johann Jacobys und im Jahre 1867 gegründet worden, um aus den entschiedensten Elementen der Fortschrittspartei wieder eine bürgerliche Demokratie zu sammeln, die diesen Namen verdiente. Es gelang ihr jedoch nur einen kleinen Kreis zusammenzubringen, der teils aus Intellektuellen, namentlich Aerzten, bestand, wie denn Weiß selber ursprünglich Mediziner war, teils aus Industriellen, die altangesehenen Firmen angehörten (Heffter, d'Heureuse, Spindler) oder auch, wie Paul Singer, junge und selbstgemachte Männer waren. Aber so ausgezeichnet oder tüchtig die Jacobyten als einzelne Personen sein mochten, so entscheidet in der Politik wie im Kriege nicht der papierne, noch so geistreiche Operationsplan, sondern der liebe Gott ist immer mit den großen Bataillonen, und just zur Zeit, wo ich in die Redaktion der „Zukunft" eintrat, war ihr Kreis zu der Ueberzeugung gelangt, daß er eine nähere Fühlung mit der Arbeiterklasse nehmen müsse.

Es sollte geschehen durch die Rede über das Ziel der Arbeiterbewegung, die Johann Jacoby am 20. Januar 1870 im Neuen Gesellschaftshause am Kottbuser Tor hielt: in der Form eines Rechenschaftsberichts, den er als Abgeordneter des zweiten Landtagswahlkreises vor dessen Wählern erstattete. Diese Wähler kamen sehr zahlreich, aber es waren Sozialdemokraten, die Schweitzer zum Vorsitzenden wählten. Jacoby war klug und konsequent genug, seinen Bericht zu erstatten, im Unterschiede von seinem Mitabgeordneten Runge, der nach Fortschrittlersitte davonlief. Es war eine imposante Versammlung, die erste, über die ich einen Bericht erstattete.

Die Rede Jacobys wurde aufmerksam angehört, obgleich sie sehr lang war und mit matter Stimme vorgetragen wurde; sie war mehr ein abgelesener Vortrag, der bereits im Druck vorlag. Das Gute daran hatte sich Jacoby aus Lassalle und Marx zusammengelesen, das minder Gute sich vom Statistiker Engel soufflieren lassen, neben dem Jacoby im Abgeordnetenhause saß, namentlich die Gewinnbeteiligung, für die Engel damals eine gewaltige Reklame machte. Auf die Hörer konnte die Rede schon deshalb keinen Eindruck machen, weil sie den proletarischen Klassenkampf verleugnete, auf den die Berliner Sozialdemokraten eingeschworen waren. Schweitzer hatte denn auch leichtes Spiel mit Jacoby, der kein flinker Debatter war, und auf Hasenclevers Antrag beschloß die Versammlung, daß Johann Jacoby manche sozialistischen Wahrheiten in sich aufgenommen habe, aber auf halbem Wege stehengeblieben sei.

Inzwischen fuhren die „Zukunft" und ihre Freunde fort, an der Hand von Jacobys Programmrede eine neue demokratische Partei zusammenzubringen. Die Sache hatte aber ihre Schwierigkeiten, und sie war noch längst nicht unter Dach und Fach, als im Sommer 1870 der Krieg hereinbrach. Er begrub natürlich diese Anfänge und schaufelte auch der „Zukunft" das

Grab. Aber den Krieg selbst hat sie noch durchgehalten, ohne ihren demokratischen Grundsätzen etwas zu vergeben und auch ohne große Zusammenstöße, bis auf ein paar kleine Abenteuer.

In Königsberg beantragte ein patriotischer Professor, namens Maurenbrecher, die „Zukunft" aus dem akademischen Lesezirkel auszuschließen, da sie „die Gemüter der Jugend vergifte". Das war soweit ganz nett und gereichte beiden Teilen zum Nutzen. Für die „Zukunft" war eine hübsche Reklame gemacht und Herr Maurenbrecher hat später die Ehre gehabt, den Prinzen Wilhelm, den heutigen Kaiser, in deutscher Geschichte zu unterrichten.

Etwas tragischer gestaltete sich das zweite Abenteuer. Stephan war kurz vorm Kriege zum Generalpostmeister ernannt worden und hatte in der Errichtung der Feldpost gleich ein kleines Meisterwerk geliefert; er war damals noch ganz in seiner genialen Periode und besaß also noch etwas von der Naivität des Genies. Er hatte ein amtliches Rundschreiben an die ihm untergebenen Behörden gerichtet, worin er die Besorgung der „Volkszeitung" und der „Zukunft" für die Armeelazarette in Frankreich anordnete und sich dafür auf einen Wunsch der Kronprinzessin bezog. Entsetzte Gamaschenknöpfe berichteten das Unerhörte an den alten Kaiser, den die Berufung auf die Kronprinzessin noch tiefer kränkte als selbst die Empfehlung der „Volkszeitung" und der „Zukunft". Sein empörtes Gemüt wurde schließlich durch Bismarck beschwichtigt, der Stephan nicht missen wollte und konnte, aber die beiden Blätter wurden — als „gesunde Jungen", wie der „Kladderadatsch" scherzte — aus den Armeelazaretten verwiesen.

Sonst ist die „Zukunft" gänzlich unbehelligt geblieben und nicht minder der „Sozialdemokrat", in dessen Spalten Hasselmann namentlich seit Sedan eine äußerst scharfe Polemik gegen die Friedens- wie Kriegspolitik der Regierung führte, eine kaum minder scharfe Klinge, als sie Liebknecht gleichzeitig im „Volksstaat" schlug. Der Kriegszustand wurde nur verhängt, wo der Krieg tatsächlich auszubrechen drohte: in den Küstenlanden, wo man jeden Tag eine Landung der französischen Kriegsflotte erwartete. Für den Bereich des 1., 2., 9. und 10. Armeekorps (Preußen, Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover, Braunschweig, Hansestädte usw.) wurde der General Vogel v. Falckenstein als Gouverneur mit dem Sitz in Hannover bestellt.

Irgendeine Beschränkung wurde der Presse nicht zugemutet, außer daß sie von Fall zu Fall verständigt wurde, in ihren Mitteilungen über militärische Dinge sich zu beschränken. Das genügte auch vollständig. Nur in einem einzigen Falle hat ein Teil der Presse versagt, und zwar die Presse, die die patriotische Gesinnung am liebsten allein gepachtet hätte. Es geschah, als im Versailler Hauptquartier der Streit zwischen den „Schießern" und den „Sch . .ßern" ausbrach, als Bismarck und der Kriegsminister v. Roon das Bombardement von Paris verlangten, das die gesamte Generalität, mit der einzigen Ausnahme eben Roons, aber mit Moltke und Blumenthal an der Spitze als einen „Fähnrichstreich" verurteilte, der den eigenen Truppen und der bürgerlichen Bevölkerung von Paris unnütze Blutopfer auferlegen, den Fall der gewaltigen, nur durch Hunger bezwingbaren Festung aber auch nicht um einen Tag beschleunigen würde. Diese Ansicht, die von vornherein durch militärische Gründe der einleuchtendsten Art gestützt wurde, hat sich

denn auch als vollkommen richtig erwiesen, sobald Bismarck seinen Willen durchgesetzt hatte und mit dem Bombardement begonnen wurde. Um aber seinen Willen durchzusetzen, hatte Bismarck wochenlang durch die von ihm abhängigen Blätter verbreiten lassen, „weibliche Schutzengel" schwebten über dem „Mekka der Zivilisation", will sagen, der König und der Kronprinz würden durch fremdtümliche Sentimentalitäten ihrer Gemahlinnen zur Schonung der französischen Hauptstadt veranlaßt, unbekümmert darum, ob der Krieg dadurch ins Unabsehbare verlängert würde. Diese Unterstellung, die schlechterdings gar nichts hinter sich hatte, in allerlei verständlichen Anspielungen verbreitet zu haben, ist das einzige, was die Presse oder vielmehr nur ihr offiziös geeichter Flügel damals in militärischen Fragen gesündigt hat.

Sonst aber hat die Presse sich in Fragen der inneren Politik den Mund nicht verbieten lassen und es ist auch gar kein Versuch gemacht worden, ihr den Mund zu verbieten. Ueberhaupt gingen das Parteileben und natürlich auch der Parteikampf im Kriege ihren Gang weiter, als wenn Frieden wäre. Es seien nur einige Beispiele herausgegriffen. Am 30. August erließen liberale „Notabilitäten" einen Aufruf an das deutsche Volk, worin der Regierung die Annexion französischer Provinzen mehr noch vorgeschrieben als angeraten wurde. Das mochte der Regierung noch bequem sein und vielleicht war dieser Aufruf selbst bestellte Arbeit, aber sehr unbequem war ihr schon — nach der Sprache ihrer Organe —, daß die Fortschrittspartei am 26. September eine öffentliche Kundgebung erließ, worin sie unter scharfer Kritik der Norddeutschen Bundesverfassung die Einberufung eines gesamtdeutschen Parlaments forderte, um eine gesamtdeutsche Verfassung auf freiheitlicher Grundlage zu beraten.

Und wie auf politischem so auch auf religiösem Gebiete. Gleichzeitig mit dem Ausbruch des Krieges hatte das vatikanische Konzil das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes verkündet, und nun ging die Ketzbalgerei los. Bereits am 27. Juli erhob der katholische Geistliche Michelis öffentliche Anklage „vor dem Angesicht der Kirche Gottes" gegen den Papst Pius IX. „als einen Häretiker und Verwüster der Kirche". Am 31. August beschlossen dagegen die deutschen Bischöfe in Fulda, sich dem Unfehlbarkeitsdogma zu unterwerfen und die gleiche Unterwerfung von ihren Beichtkindern zu verlangen. Am 3. September beanspruchte der Bischof von Paderborn von den Lehrern seiner philosophisch-theologischen Lehranstalt die Unterschrift unter das Unfehlbarkeitsdogma. Am 5. September erklärten sich wieder neun Lehrer an der Universität Breslau gegen das Dogma und am 18. September begann die „Kölnische Zeitung" „päpstliche Verlustlisten" zu veröffentlichen, will sagen, die Namen der Katholiken, die von der päpstlichen Unfehlbarkeit nichts wissen wollten. Und so mit Grazie ins Endlose.

Jedoch wurde gleichzeitig auch ein Versuch unternommen, einen Burgfrieden im heutigen Sinne des Wortes herzustellen. Der Generalgouverneur Vogel v. Falckenstein hatte von vornherein einige Dänen und Welfen, dann am 5. September auch den Braunschweiger Ausschuß der Eisenacher Fraktion aufheben lassen, weil dieser einen Aufruf für einen Frieden mit der französischen Republik und gegen die Annexion Elsaß-Lothringens erlassen hatte. Das machte zunächst kein großes Aufsehen, denn von einzelnen Or-

ganen abgesehen, ließ sich die große Masse der bürgerlichen Presse um Dänen, Welfen und Sozialdemokraten keine grauen Haare wachsen. Aber als nun auch Johann Jacoby verhaftet wurde, weil er sich am 14. September gegen die Annexion Elsaß-Lothringens ausgesprochen hatte, die beiläufig noch keineswegs als offizieller Kriegszweck verkündet worden war, machte sich doch ein lebhafter Unwille kund, und es kennzeichnet die Sachlage, daß zu diesen Unwilligen, nicht an letzter, sondern vielleicht selbst an erster Stelle, Bismarck gehörte.

Als einer seiner Räte sich darüber freute, daß Falckenstein den „faulen Schwätzer eingespunden" habe, erwiderte Bismarck wütend, wenn auch nicht witzig: „Wenn er ihn als Rhinozeroskotelett gegessen hätte, meinethalben, aber ihn einsperren, da hatte er nichts als einen alten dürren Juden." Das ist erst später bekannt geworden, aber auch auf handhafter Tat bekundete Bismarck deutlich genug, daß ihm die Verhaftung Jacobys höchst unwillkommen war. Er konnte sie nicht kurzweg rückgängig machen, denn in rein militärischen Sachen hatte er trotz seiner sonstigen Macht bekanntlich „nix to seggen" und zumal damals war er mit dem militärischen Hauptquartier über den Fuß gespannt. Er mußte, da er die Verhängung des Kriegszustandes über die Küstenlande verantwortlich gegengezeichnet hatte, die Verhaftung Jacobys öffentlich wohl oder übel verteidigen, aber er tat es in einer Weise, die unschwer erkennen ließ, daß er die Geschichte gern aus der Welt haben wollte.

Auf eine telegraphische Beschwerde, die die städtischen Behörden Königsbergs wegen der Verhaftung Jacobys an ihn richteten, ließ er ihnen durch den Oberpräsidenten der Provinz Preußen eröffnen, auf Grund des verhängten Kriegszustandes ließe sich die Verhaftung Jacobys nicht rechtfertigen, aber als militärische Maßregel des wirklichen Krieges sei sie statthaft. Auf dem unmittelbaren Kriegsschauplatze sei unbestritten, daß ein kämpfendes Heer, um den Kriegszweck zu erreichen, Bäume abhauen, Häuser verbrennen, in Wohnungen eindringen und Personen verhaften dürfe, die auch nur im Verdachte ständen, dem Feinde materiellen oder moralischen Vorschub zu leisten. Den Uebergang zu dem Falle Jacoby fand Bismarck dann durch den Satz: „Der zugrunde liegende Rechtsgedanke ist von der Oertlichkeit unabhängig." Wenn Jacoby durch eine Rede in Königsberg nachteilig auf die Kriegführung einwirke, so dürfe er ebenso unschädlich gemacht werden, wie eine verdächtige Person auf dem unmittelbaren Kriegsschauplatz. Schließlich erklärte Bismarck, daß er die Aufregung der Königsberger Behörden über die Verhaftung Jacobys begreife, aber es käme nicht auf den Eindruck an, den dessen Protest in Königsberg, sondern den er in Paris und Frankreich mache.

Es liegt auf der Hand, daß diese Verteidigung Falckensteins die allgemeine Beunruhigung nicht besänftigen, sondern steigern mußte. Abgesehen davon, daß die Annexion Elsaß-Lothringens noch nicht als Kriegszweck anerkannt worden war, so war Jacobys Protest dagegen in Frankreich überhaupt erst durch das Aufsehen bekannt geworden, das seine Verhaftung gemacht hatte, und den „Eindruck", den er in Frankreich hervorgerufen hatte, faßte das offizielle Organ der französischen Regierung dahin zusammen, es sei keine Illusion darüber möglich, daß „der humanitäre Philosoph von Königsberg" jenseits des Rheins ins Leere gesprochen habe. Entbehrte also

der konkrete Fall jeder tatsächlichen Grundlage, so war die Theorie des Kriegsrechts, die Bismarck aus ihm entwickelte, geradezu lebensgefährlich für jeden noch so patriotischen Deutschen. Danach konnte ein friedlicher Philister, der am Biertisch irgendeine Ansicht äußerte, die der Militärbehörde als geeignet erschien, den Kriegszweck zu gefährden, ebenso unschädlich gemacht werden, wie ein französischer Spion, der in den Belagerungslinien vor Paris ergriffen wurde; Bismarcks Leiboffiziöser, der berüchtigte Busch, stellte sogar in einem Artikel den Fall Jacobys auf dieselbe Stufe mit dem Fall eines französischen Spions.

So wuchs die Aufregung über die Verhaftung Jacobys nur immer stärker an, worüber Bismarck nichts weniger als unglücklich gewesen zu sein scheint. Am grausamsten wurde sein Erlaß von Otto Gildemeister, dem klugen Essayisten und klassischen Uebersetzer Byrons, in der „Weserzeitung" zerzaust, aber Bismarck, empfindlich wie er sonst gegen jede Zeitungskritik war, hat das gar nicht übel genommen. Nach Friedensschluß wurde Gildemeister von dem Bremer Senat als Bevollmächtigter in den Bundesrat entsandt, was nicht ohne Bismarcks herzliche Zustimmung geschehen konnte.

Noch eine kleine Episode zeigte, daß Bismarck seine lebensgefährliche Theorie des Kriegsrechts nicht seinen militärischen Intimen zuliebe aufgestellt hatte, sondern ganz im Gegenteil. Nach seinem Erlaß beschlossen wir Berliner Jacobyten, im ganzen hundert Mann, einen feierlichen Protest gegen die Annexion Elsaß-Lothringens zu erlassen, die inzwischen auch als offizieller Kriegszweck verkündet worden war. Ueber Berlin war der Kriegszustand nicht verhängt worden, aber nach Bismarcks Ausführungen wäre unsere Verhaftung auf Grund des Kriegszustandes ja auch unstatthaft gewesen, wohl aber war sie möglich und notwendig nach Maßgabe jenes von Bismarck verkündeten „Rechtsgedankens", der „unabhängig von der Oertlichkeit" galt, also in Berlin ebenso wie in Königsberg oder auf den französischen Schlachtfeldern. Allein unser Protest hatte nur die Wirkung, daß der Renegat Braß, die fähigste Feder der Regierung, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" einen schnodderigen Witz produzierte. Er sprach den hundert Protestierenden sein Bedauern aus, daß sie sich unter ihresgleichen in hoffnungsloser Minderheit befänden; nach der amtlichen Statistik beherbergten die Berliner Krankenhäuser achthundert Geisteskranke.

Weshalb war nun aber Bismarck so verdrießlich über die Verhaftung Jacobys? Daß ihm die Wahrung bürgerlicher Rechte eine besondere Herzenssache gewesen sei, haben selbst seine Bewunderer ihm noch nicht nachgesagt. In der Tat liegt die Erklärung auf einem anderen Gebiete. Bismarck fürchtete im Herbst und Winter 1870 nichts so sehr, wie die Einmischung der neutralen Mächte in den Krieg, und ihre freundlichen Dienstanerbietungen noch viel mehr als selbst ihre etwaigen Drohungen. Gegen beide hatte er ein probates Mittel, das er schon in seinen „dilatorischen" Verhandlungen mit Benedetti reichlich angewandt hatte: Was mich anbetrifft, von Herzen gern, aber wenn ich dieses zugebe, so schlagen mich die alten Weiber in Berlin mit ihren Besenstielen tot, oder wenn ich jenes einräume, so steht bei der Stimmung der Nation die Existenz der Dynastie auf dem Spiele. Diese Beweisführung, mochte sie im einzelnen Falle nur ein diplomatischer Schachzug oder auch mehr sein, war aber nur wirksam, wenn sich

die „Nation" in ungeschmälertem Besitz der Rechte befand, die ihr gestatteten, ihren Willen kundzugeben; sie zerflatterte wie eine Seifenblase, wenn ein Burgfriede bestand, der durch eine militärische Diktatur gesichert wurde. Bismarck wußte recht gut, daß er damit keiner neutralen, geschweige denn einer feindlichen Macht imponieren würde. Deshalb tobte er über Jacobys Verhaftung und ruhte nicht eher, bis er am 24. Oktober eine Kabinettsorder erwirkt hatte, die dem Generalgouverneur der Küstenlande befahl, Jacoby und die anderen von ihm eingelochten preußischen Staatsbürger freizulassen.

Als Grund wurde angegeben, daß bei den bevorstehenden Landtagswahlen „der Aeußerung politischer Meinungen und der persönlichen Beteiligung der Wahlberechtigten" kein Hindernis im Wege stehen dürfe. Diese Wahlen brachten nun eine große Ueberraschung; ehe noch das neudeutsche Reich gegründet war, erschien schon, gestiefelt und gespornt, eine neue Partei auf dem Kampfplatze, die ihm das Leben so sauer als möglich zu machen verhieß: nämlich das Zentrum. In stiller Wühlarbeit und auch lautem Spektakel, aber gänzlich unbekümmert um allen Burgfrieden, hatte das Zentrum auf den ersten Schlag 60 Mandate erobert und bildete im preußischen Abgeordnetenhause das Zünglein an der Wage zwischen 171 konservativen und 182 liberalen Mitgliedern.

Jedoch selbst innerhalb der einzelnen Parteien wurde nicht überall der Burgfriede gewahrt. In Berlin, wo es nur fortschrittliche Wahlmänner gab, entbrannte ein heftiger Kampf um das Mandat Johann Jacobys; auf Betreiben namentlich Eugen Richters sollte es ihm abgeknöpft werden, weniger wegen seines Protestes gegen die Annexion Elsaß-Lothringens, als wegen seiner Ketzereien in der Arbeiterfrage. Man wollte den unlauteren Streich beschönigen, indem man das Mandat dem alten Ziegler anbot; der aber wies die schnöde Zumutung mit stolzen Worten zurück und Eugen Richter mußte die ganze Kläglichkeit der Machenschaft bloßstellen, indem er selbst den Henker spielte. Mit etwa fünf Sechstel der Wahlmännerstimmen wurde er gegen Jacoby gewählt. Was hat damals Ziegler geflucht und gewettert in der kleinen Weinkneipe am Moritzplatz, wo er seinen Abendschoppen zu trinken pflegte. Einen großen Teil der Schuld an dem Verfall der Fortschrittspartei schob er auf ihre Nachgiebigkeit gegen die verfassungswidrige Preßordonnanz Bismarcks; „einige Monate Diskussion unter dem Damoklesschwert verderben selbst die besten Leute", prägte er uns jungen Dachsen ein.

Acht Tage nach den preußischen Landtagswahlen, am 24. November, trat der Norddeutsche Reichstag zu seiner letzten Session zusammen. Er hatte sich vornehmlich mit drei Sachen zu beschäftigen. Zunächst mit einer neuen Kriegsanleihe, die von allen sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt wurde, was einen Höllenlärm verursachte und mit dazu beitrug, daß Bebel und Liebknecht nach Schluß des Reichstags verhaftet wurden. Es geschah aber nicht auf Grund irgendeines Kriegszustandes oder Kriegsrechts, sondern in den gesetzlichen Formen einer gerichtlichen Anklage auf Hochverrat, die, wie windig sie sein mochte, doch ein gerichtliches Verfahren notwendig machte, was bekanntlich den Angeklagten zum Ruhm und ihrer Partei zum Vorteil ausgeschlagen ist.

Dann hatte der Reichstag die Verträge mit den süddeutschen Staaten zu beraten, aus denen das neudeutsche Reich hervorgehen sollte. Sie waren

durchaus nicht nach liberalem Geschmack ausgefallen. Sie vermehrten die Norddeutsche Bundesverfassung nicht einmal um den Schatten eines freiheitlichen Rechts, entstellten sie aber durch eine Masse partikularistisch-reaktionärer Vorbehalte. Selbst Treitschke hatte seine schweren Bedenken gegen sie und warnte seine nationalliberalen Parteigenossen, im Kriege nicht eine Unterwürfigkeit zu zeigen, die von politischer Unreife zeugen würde, nachdem sie im Frieden alles Mögliche an Bismarck auszusetzen gehabt hätten. Aber die Verträge wurden genehmigt.

Endlich brachte die Fortschrittspartei durch Duncker eine Interpellation wegen der Verhaftung Jacobys ein. Im Auftrage Bismarcks erklärte Delbrück, für die etwaige Rechtsverletzung trüge der Bundeskanzler keine Verantwortung; für ihre dienstlichen Handlungen schuldeten die Militärs nur dem Könige Rechenschaft. In der Debatte sprach am besten Windthorst: „Bei den jetzigen Maßregeln der Regierung wäre es von Wichtigkeit, bei der Regelung der gegenseitigen Ländergebiete auch Cayenne zu annektieren.... Gerade in Zeiten, wie den jetzigen, müssen Rechte, wie das Vereins- und Preßrecht, hochgehalten werden. Die böse Zeit ist der Probierstein derselben." Die bürgerlich-respektablen Parteien von dazumal haben sich, wie gewöhnlich, verteufelt wenig um das Unrecht gekümmert, das armen Teufeln zugefügt wurde, aber wenn einer von ihnen ohne Urteil und Recht hinter die schwedischen Gardinen gesteckt wurde, so haben sie sich ganz wacker gerührt, und das ist wenigstens etwas.

Schließlich sei noch ein Blick auf die Freiheit gestattet, die im Kriegsjahre 1870 Scherz und Satire genossen. Damals erschien in Berlin ein Witzblatt, das dem „Kladderadatsch" einige Konkurrenz machte, aber seit Jahrzehnten versunken und vergessen ist. Da ich gelegentlich jugendliche Verse hineinstiftete und der Mensch seine Sünden immer vor Augen behalten soll, um nie wieder in sie zu verfallen, so habe ich die Nummern von 1870 aus dem Strom der Zeiten gerettet und will einige Proben daraus geben, zum Vergleich mit dem heutigen Witze.

Als die Kaiserdeputation des Reichstags unter Führung des Präsidenten Simson nach Versailles ging, hieß es:

Die Kaiserkrone ist unterwegs
Auf Simsons Leiterwagen, —
Die Neue Aera steigt empor,
Bald wird sie glänzend tagen.

Verändern wird sich manches Schild,
Und die sich königlich nannten,
Sie kriegen annoch ein goldenes K., —
Wie freun sich die Hoflieferanten!

Zwar ist das simple K. sehr hübsch,
Doch doppelt ists köstlich zu lesen,
Das siamesische Zwillings-K.
Ist gar ein himmlisches Wesen.

Ja, Scherz bei Seite! Wir werden nun,
Um neuen Ruhm zu gewinnen,
Mit Gott für Kaiser und Vaterland
Die neuen Kriege beginnen.

Und in einem Weihnachtsliede heißt es über die Kaiserkrone, die Verträge mit den süddeutschen Staaten, die Annexionen:

Nun sah'n die Kinder mit gewisser Scheu
Die Kaiserkrone funkelnagelneu
Hoch oben, solch ein Leuchten sah'n sie selten,
Von Golde schwer und Steinen, schwarzweißrot,
Und Perlen und Demant. Was mag das Lot,
Was mag das Pfund an neuen Steuern gelten?

Daneben wallt von jedem Tannenzweig
Ein buntes Banner, tier- und wappenreich,
Von jedem Ländchen eine Fahnenprobe.
Statt einer Trikolore gab's, mit Fleiß
Gemacht aus farbigen Flicken dutzendweis,
So was wie Papagenos Garderobe.

Fast völlig deckt dies Linnen und Kattun,
Was ihren Blicken sich wollt' zeigen nun:
Die neuen, höchst kostspieligen Provinzen,
Die Kriegsgefangnen und die Kriegstrophäen
(O, welche Masse! Kaum zu übersehn!)
Und der Feldmarschallstab der beiden Prinzen.

Man frug die Kinder wohl mit stolzem Ton:
Ist das nicht groß? Was sagt ihr nun davon?
Befriedigt euch, was euch dies Jahr beschieden?
Sie sprachen: Ruhm genug bracht' uns die Zeit,
Doch immer noch fehlt eine Kleinigkeit:
Ein bißchen Freiheit und ein bißchen Frieden!

Das ist recht harmlos, gewiß, aber was heute an den Stellen, wo diese bescheidenen Veilchen verdorrt sind, im Schatten des Burgfriedens wächst, ist lange nicht so ehrlich und ist auch nicht einmal so witzig.

* * *

Es mag an diesen Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870 genug sein. Sie genügen schon, um zu zeigen, daß in jenem Jahre ein Burgfriede unter militärischer Diktatur von niemandem als eine Lebensfrage der nationalen Existenz betrachtet worden ist. Von den Parteien nicht, deren keine ihn gehalten, geschweige denn beansprucht hat, und auch von der Regierung nicht, deren oberstes Haupt vielmehr den ersten Anlauf dazu zertrat, in der sehr gerechten Besorgnis, daß dadurch die deutschen Interessen gegenüber den ausländischen Mächten empfindlich geschädigt werden würden.

Die Internationale und der Burgfrieden.

Die Lage der Partei erheischt mehr denn je Klarheit, Fernhaltung von Mißverständnissen. Daher erscheint es mir notwendig, einige Sätze aus der Einleitung zu den „Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870" klarzustellen.

Vor allem könnte es einen falschen Eindruck erwecken, wenn der Zusammenbruch der Internationale in einem Organ der deutschen Sozialdemokratie ohne jede Einschränkung als „erschütternde Tatsache" hingestellt wird. Man könnte darin im Ausland die allgemeine Auffassung unserer Partei sehen. Das wäre ein Irrtum. Wohl wird sie von zahlreichen Genossen geteilt, doch nicht wenige andere nehmen an, daß kein Grund zu einer derartigen pessimistischen Anschauung besteht.

Der Weltkrieg konnte sicher nicht die Internationale unberührt lassen. Er hat schwere Differenzen in sie hineingetragen, was erleichtert wurde dadurch, daß er den internationalen Verkehr lähmt, die deutsche Sozialdemokratie eine Zeitlang völlig vom Ausland abschnitt und heute noch jede Auseinandersetzung mit den Bruderparteien der Staaten, die Deutschland bekriegen, unmöglich macht. Doch sind diese Differenzen keineswegs grundsätzlicher Natur. Sie entspringen Verschiedenheiten in der Auffassung der Situation und Verschiedenheiten der Information. Die Einheit der Grundsätze bleibt, die Verschiedenheit der Auffassungen kann mit der vorübergehenden Situation verschwinden, die sie geboren hat.

Von dem Verlauf und Ende des Krieges wird es abhängen, ob unsere internationalen Differenzen sich noch steigern oder abschwächen, ob die Verstimmungen, die sie hinterlassen, mehr oder weniger tief gehen, ein harmonisches Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen mehr oder weniger erschweren.

Der internationale Zusammenhang der sozialistischen Bewegungen kann dadurch nicht aufgehoben werden. Er ist nicht das willkürliche Produkt einiger Weltverbesserer, sondern ein praktisches Bedürfnis des proletarischen Klassenkampfes, wie schon die engen internationalen Beziehungen in der Gewerkschaftswelt bezeugen, in der sicher die Praktiker und nicht die Ideologen entscheiden.

Selbst augenblicklich, inmitten des wildesten Aufflammens der nationalen Gegensätze, wird das Bedürfnis nach internationaler Verständigung in unseren Reihen und sicher ebenso sehr in denen der anderen sozialistischen Parteien aufs lebhafteste empfunden. Es muß noch gewaltig erstarken, sobald erst wieder mit dem Frieden internationaler Verkehr, aber auch internationale Aussprache und Beseitigung mannigfacher Mißverständnisse möglich werden.

Dann erst wird sich auch ein abschließendes Urteil über die Haltung der sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder während des Krieges abgeben lassen. Kein Zweifel, die deutsche Partei unterliegt heute schon in mancher Bruderpartei strenger Kritik. Soweit diese auf einem „trügenden Schein" beruht, wird sie unzweifelhaft aufhören, sobald die Möglichkeit einer offenen Aussprache gegeben ist.

Doch liegt es sicher im Interesse der Internationale selbst, schon während des Krieges soviel als möglich jedem Mißverständnis entgegenzuwirken.

Der „trügerische Schein", unter dem die deutsche Sozialdemokratie einstweilen leidet, würde aber nicht schwinden, sondern nur die Form ändern, wenn der Wahn, die Sozialdemokratie habe sich dem Imperialismus ergeben, durch den anderen verdrängt würde, sie bequeme sich der Regierungspolitik des „Burgfriedens" an, das heißt, der Idee, alle Unterschiede und Gegensätze der Parteien müßten jetzt aufhören. Auch wir sind vollständig der Meinung, daß der Burgfrieden keineswegs „eine Lebensfrage der nationalen Existenz" darstellt. Wir halten die Beweisführung gegen ihn für sehr nützlich und glauben kaum, daß sie in der Partei auf Widerspruch stoßen wird.

Als der Kriegszustand verhängt wurde, stand die Parteipresse vor der Frage: sollte sie die von ihm gesetzten Schranken mißachten? Das hieß einfach die Herbeiführung des Verbots unserer Presse; es wäre der radikalste Verzicht auf jegliche Vertretung der Parteiprinzipien gewesen, hätte aber auch das beste Mittel zum Zusammenhalt der Genossen beseitigt. Wollte man das nicht, dann mußte man versuchen, innerhalb und trotz der Schranken des Kriegsrechts auch weiterhin die Parteiprinzipien zu vertreten. Die gesamte Parteipresse ohne Unterschied der Richtungen hat sich für die letztere Alternative entschieden, für die mühevolle Arbeit unter dem Damoklesschwert des Kriegsrechts, die ebensowenig einen Verzicht auf Vertretung der Parteiprinzipien bedeutet, wie die ähnliche Arbeit unserer Parteipresse unter dem Damoklesschwert des Sozialistengesetzes.

Sicher braucht man nicht alles zu unterschreiben, was jedes unserer Parteiorgane seit dem Kriegsausbruch geäußert hat. Aber die Meinungsverschiedenheiten ergeben sich vornehmlich aus verschiedener Auffassung der Ursachen und Wirkungen des Krieges und nicht aus Anbequemung an den Burgfrieden. K.

Einige ungedruckte Briefe Lassalles an Marx.

Von Eduard Bernstein.

Unter den nachgelassenen Papieren unseres Friedrich Engels haben sich einige Briefe Ferdinand Lassalles an Karl Marx vorgefunden, die Engels seinerzeit übersehen haben muß, als er die von Lassalle an Marx und ihn gerichteten Briefe in einen gesonderten Umschlag legte, und die infolgedessen nicht in die von Franz Mehring besorgte Ausgabe der Sammlung jener Briefe übergegangen sind. Ohne sich mit den jene Ausgabe zierenden und ihr ein unvergängliches Interesse verleihenden Briefen Lassalles messen zu können, in denen bedeutungsvolle Fragen der Wissenschaft oder der Politik erörtert werden, bilden sie immerhin eine nicht gleichgültige Ergänzung des für die Beurteilung von Lassalles Handeln und Denken in Betracht kommenden Urkundenmaterials. Es sind im ganzen fünf Briefe, die wir im nachstehenden zur Veröffentlichung bringen, der Zeitfolge nach angereiht und mit einigen Bemerkungen versehen.

Erster Brief.

Dieser Brief aus dem Sommer 1849 ist an Marx nach Paris gerichtet. Nach Unterdrückung der „Neuen Rheinischen Zeitung" und nachdem er kurze Zeit sich in Frankfurt a. M. aufgehalten hatte, war Marx Anfang Juni 1849 nach Paris übersiedelt, wo ein neuer Ausbruch der Revolution zu gewärtigen war, aber dann durch die verunglückte Manifestation vom 13. Juni ins Unbestimmte vertagt wurde. Er hatte, wie er am 7. Juni 1849 an Engels schrieb, die letzten der für die „Neue Rheinische Zeitung" eingelaufenen Gelder dazu verausgabt, Geldverpflichtungen der Zeitung einzulösen, war infolgedessen selbst in ökonomische Bedrängnis geraten und hatte Engels ersucht, irgendwo Geld für ihn aufzutreiben. Als Engels dann sich dem Badischen Feldzug für die Reichsverfassung anschloß, muß Marx, wie aus diesem Brief Lassalles hervorgeht, ein gleiches Ersuchen an Lassalle, Freiligrath und andere Gesinnungsgenossen gerichtet haben, und zwar vernehmen wir, daß er, in diesen Dingen sehr peinlich, das Geld nicht als Unterstützung betrachtet haben will, sondern, wie Lassalle es ausdrückt, als einen „Vorschuß" — richtiger wohl Abschlagszahlung auf ihm zukommendes Honorar für seine schriftstellerischen Arbeiten im Dienst der Partei. In diesem Sinne scheint denn auch Lassalle die Sammlung betrieben zu haben. Nicht in der Lage, die für nötig erachtete Summe völlig aus eigenem herzugeben, sammelte er bei Leuten, die der Partei angehörten oder ihr nahestanden, und sucht er in der ihm eigentümlichen Sprache und Argumentation Marx seine Art der Aufbringung des Geldes mundgerecht zu machen. Da Lassalle in seinem Brief vom 24. Oktober 1849 (Ausgabe Mehring, S. 5 ff.) nicht noch einmal auf diesen Punkt zurückkommt, ist anzunehmen, daß Marx an der Sammelmethode Lassalles keinen Anstoß genommen hat.

30. Juli 1849.

Lieber Marx.

Bei Freiligrath, Cöln, 30. Juli [18]49.

Ein Gespräch mit Freiligrath und eine Mitteilung, die er mir von einem Brief machte, den er Dir gestern geschrieben, veranlaßt mich, Dir schon heute einen Brief zu adressiren.

In Düsseldorf empfing ich Deinen Brief; Du schilderst darin Deine Geldnoth als eine äußerst dringliche und verlangst Discretion in Beschaffung des Vorschusses.

Daß es mir nicht möglich war selbst einen Vorschuß von 2 bis 300 Thaler — und so hoch schätzte ich minimo Dein drängendstes Geldbedürfniß — selbst ganz zu geben, habe ich Dir bereits geschrieben. — Daß es nicht möglich sein würde, von Einem Einzigen Manne die 2 bis 300 Thaler aufzunehmen, davon war ich bei meiner großen practischen Erfahrung in derlei Sachen und der Kenntnis der hiesigen Menschen und Leute fest überzeugt und bedaure, daß Du und Freiligrath Euch Illusionen in dieser Beziehung hingebt. — Daß Du durch etwaige Illusionen, durch Selbstschmeicheleien Geld aufnehmen zu können, durch drei- oder mehrwöchentliche Anstrengungen für solchen Zweck, die dann mit bitterem Resultate enden, nicht leiden darfst, sagte ich mir gleichfalls selbst. Zudem hattest Du mir nichts davon geschrieben, daß Du Dich in derselben Sache an Freiligrath und Daniels gewendet hast; ich wußte also davon kein Wort; wenigstens hättest Du mir davon Anzeige machen sollen, daß Du den Beiden geschrieben, damit ich mich mit ihnen verständigen konnte. Ich mußte also selbständig handeln. Ich hatte drei Gesichtspunkte:

1. Daß Du vor Allem Geld bekommst; — dies war das Allerwesentlichste, weil practisch Wichtige für mich.
2. Daß Du es schnell bekommst: bis dat qui cito dat.
3. Daß es mit ganz ausnahmsweiser Discretion und Delicatesse geschehe.

Alle 3 Gesichtspunkte glaubte ich durch folgende Taktik zu vereinigen: Ich ging zu 1 bis 2 Dutzend Leuten, sagte ihnen, daß es sich um einen Vorschuß handle, daß ich hoffe, es würde keiner von ihnen die Prätension haben, einem Manne wie Dir ein Geschenk machen zu wollen; daß kein Einzelner Geld genug habe, um den nöthigen Vorschuß allein hergeben zu können; daß ich daher einen Collectiv-Vorschuß von einer Elite Leute erheben wolle; daß ich von keinem Einzelnen eine geringere Summe als 10 Thaler acceptire, weil ich zu keinem gehe, dessen Verhältnisse ihm nicht in der That gestatten, 10 Thaler vorzuschießen; und weil ich von Solchen, denen es ihre Vermögensverhältnisse gestatten und die dennoch nicht soviel geben wollen, gar nichts acceptiren würde.

Auf diese Weise empfing ich Mann per Mann 10 Thaler. (Einigen, die mir fünf geben wollten, obwohl sehr reiche Kerle, schmiß ich das Geld an den Kopf und verließ sie mit den größten Grobheiten, worüber amüsante Details ein andermal.)

Ich glaube nicht, daß in dieser Weise, soviel ich weiß, je in ganz Deutschland eine Sammlung gemacht worden ist. Für Wesendonk und Raveaux, den Reichsregenten, wird jetzt in Düsseldorf und Cöln gesammelt und Beiträge zu 15 Silbergroschen bis 1 Thaler acceptirt, während ich, wie gesagt, das Minimum zu 10 Thaler fixirte und allen Leuten sagte, daß sie sich eine specielle Ehre daraus machen müßten, den Vorschuß hergeben zu dürfen, und daß ich nur unter Anerkennung dieses Prinzips ihren Beitrag acceptire. Folglich glaube ich Alles gethan zu haben, was an Discretion, Delicatesse und exceptionellem Verhalten nur möglich war; ich zweifle, ob bald ein Andrer es in dieser Weise mit solchen Resultaten arrangiert hätte. —

Ich habe gegenwärtig wieder 60 Thaler in Cassa für Dich, die ich von einigen (5) Leuten in obiger Weise hier erhalten. So wie 100 Thaler voll sind, kaufe ich Dir wieder eine Anweisung und schicke sie Dir. (Meinen letzten Brief aus Düsseldorf nebst einer Anweisung von 439 Frcs. auf Bischofsheim in Paris hast Du doch hoffentlich erhalten? Ich expedirte ihn an Dich Tags nach Empfang Deines Briefes.)

Dennoch meint Freiligrath — (der übrigens sich durch meine Demarchen keineswegs in seinen Versuchen, 2 bis 300 Thaler von irgend einem Capitalisten für Dich aufzunehmen, im geringsten stören läßt, so daß beide Bestrebungen neben einander Fortgang haben) —, daß Dir die Weise, in der ich das Geld für Dich aufgebracht habe, vielleicht möglicherweise Mißfallen erregen würde. — Ich glaube dies nicht; denn es würde mir dies höchst beschränkt erscheinen; avant tout il faut vivre; Delicatesse ist in den jetzigen Weltverhältnissen sehr deplacirt, und endlich ist für Dich von mir, wie Du selbst wirst nach Obigem zugeben, mit einer für deutsche Verhältnisse und Sitten ganz unerhörten Vornehmheit und Delicatesse manövrirt worden; man vergleiche, wie gesagt, nur, was für Raveaux und Wesendonk geschieht.

Solltest Du nichtsdestoweniger die Kränklichkeit haben, Dich darüber movirt zu fühlen — ich glaube es nicht — so steht es Dir noch immer frei, das

Geld nicht anzunehmen, in welchem Falle ich dann sofort jedem Beiträger seinen Beitrag zurücksenden würde mit der Erklärung, daß ich den Schritt eigenmächtig gethan, daß er Deinen Beifall nicht hat, Du das Geld nicht acceptirst und es daher zurückfolgt. Dann würde Deine Delicatesse noch weit höher, fast lächerlich hoch dastehen und angestaunt werden. — Oder Du kannst auch, wenn Freiligrath die 2 bis 300 Thaler — je n'y crois pas — aufbringt, sofort den einzelnen Beiträgern ihren Beitrag zurückzahlen lassen, was ich übrigens in Deinem Falle nicht thun würde, durchaus nicht.

Ich erwarte nun umgehend von Dir Anzeige, ob ich nicht in Anbetracht der Verhältnisse und der necessitas durchaus vernünftig und durchaus in Deinem Sinne gehandelt habe.

Dein F. Lassalle.

Zweiter Brief.

Der Brief ist undatiert. Aus seinem Inhalt geht aber mit Sicherheit hervor, daß er Anfang Juli 1855 geschrieben wurde. Lassalle nimmt darin auf den am 6. April 1855 eingetretenen Tod von Marx' Sohn Edgar (Musch) als einem einige Zeit vorher erfolgten Ereignis Bezug, und in Marx' Brief an Engels vom 17. Juli 1855 lesen wir von einem Brief Lassalles aus Paris, der nur dieser Brief gewesen sein kann. Das Gesuch an Hinkeldey wegen Erlaubnis zur Niederlassung in Berlin, von dem Lassalle schreibt, und das im dritten Band der „Dokumente des Sozialismus" (Jahrgang 1903, S. 408 ff.) vollinhaltlich abgedruckt ist, war vom 31. Mai 1855 datiert.

Interessieren werden die Bemerkungen Lassalles über seinen Besuch beim todkranken Heinrich Heine. Sie sind durch Wiedergabe einer Aeußerung des Dichters gewürzt, die dem Sinne nach mit dessen Vers zusammenfällt:

„Ach sie fressen, ach sie fressen,
Womit meistens ich gesündigt."

[Anfang Juli 1855.]

Paris, Hotel d'Orient.
Rue neuve St. Augustin, No. 48.

Lieber Marx.

Ich habe Deinen letzten Brief, in welchem Du mir den herben in Deiner Familie erlebten Unglücksfall mitteiltest, bisher noch nicht beantwortet, weil ich einige Zeit vorübergehen lassen wollte. Ich weiß, wie wenig man nach solchen Ereignissen zu Briefwechsel oder irgend etwas dergleichen aufgelegt ist. Condolationsschreiben und tröstende Gemeinplätze wirst Du von mir nicht erwarten und dennoch überzeugt sein, daß keinem Deiner Freunde der Unglücksfall mehr zu Herzen gegangen sein kann, wie mir.

Seit dem 1. Juni habe ich eine kleine Rheinreise angetreten; seit acht Tagen bin ich mit meiner Familie hier in Paris, die Industrieausstellung zu sehen. Die Gräfin ist in Marienbad (Böhmen) zur Cur. — Leider bin ich etwas unwohl geworden und muß seit einigen Tagen das Zimmer hüten. Hoffentlich wird das bald vorüber sein. — Ich werde wahrscheinlich noch an 14 Tage (mindestens 10) hier bleiben; von hier aus vielleicht nach Italien gehen. Im Ganzen genommen ist das Reisen durchaus nicht meine Leidenschaft. Ich sehne mich vielmehr gar sehr, aus dieser ewigen Ortsbewegung, die ich mir seit vorigem August als Erholung vorgeschrieben habe, wieder herauszukommen, um mich mit vollkommener Ruhe einigen wissenschaftlichen Arbeiten, die zum Theil schon aus früherer Zeit her halb vollendet

sind, hingeben zu können. Allein Düsseldorf ist theils kein Ort, der sich für solche Arbeiten eignet, theils ist es mir wirklich zu eng geworden. Ich will mein dortiges Domicil jedenfalls aufgeben. Man hat dort weder wissenschaftliche Hilfsmittel, noch geistige Anregung, noch irgend welche befriedigende Gesellschaft und Zerstreuung. Ich hätte mich sehr gern in Berlin niedergelassen. Ich schrieb deshalb vor einigen Wochen an Hinkeldey und fragte ihn an, ob meiner dortigen Domicilirung etwas im Wege stünde. Er hat mir geantwortet, daß er meine Niederlassung daselbst unter keinen Umständen dulden werde, mir vielmehr die begehrte Erlaubniß entschieden verweigere. Sic stantibus rebus werde ich wahrscheinlich auf zwei Monate nach Italien gehen. Denn nach Düsseldorf komme ich immer noch früh genug zurück. Ich trage mich selbst mit der Absicht, wenn ich nicht noch — woran ich aber durchaus nicht glaube — durch einige Connexionen meinen Wunsch, mich in Berlin niederzulassen, durchsetzen kann, entweder in Paris oder aber in Heidelberg mich vorläufig anzusiedeln. Spectakelstück oder Idylle! Oder weißt Du einen Ort, der (London ist mir zu teuer) Dir geeigneter für mich schiene? Ob man mich in Heidelberg dulden würde, ist auch noch äußerst fraglich. Die deutsche Freizügigkeit ist wirklich eine schöne Sache. Als ich neulich im April auf einige Tage wegen eines dringenden Geschäftes nach Berlin mußte, hatte ich, obwohl mit einem trefflichen Paß bewaffnet, das Vergnügen, auf der Eisenbahn verhaftet, von Pontius zu Pilatus geschleppt und von 1 Uhr Mittag bis 9 Uhr Abends in Arrest gehalten zu werden, bis ich endlich mit Hängen und Würgen die Erlaubniß zu einem viertägigen Aufenthalt erkämpfte. Reizende Zustände!

Soll ich hier in Paris vielleicht einen Deiner Freunde besuchen? Ich bin noch sehr wenig aus dem Zimmer gewesen, da mich bald nach meiner Ankunft mein Unwohlsein befiel. Ich war selbst auf der Industrieausstellung erst einmal. Sie ist wirklich erstaunlich großartig, und Leute, die die Londoner gesehen, wollen behaupten, daß sie diese übertreffe.

Antworte mir recht bald und erzähle mir, was es Neues bei Euch giebt. Ich habe seit vielen Monaten von London nichts gehört. — Heine, bei dem ich auch erst einmal war, ist äußerst herunter. Sein Geist aber so hell und scharf wie je, nur etwas gegen die Welt verbittert, wie es mir schien. Er freute sich sehr, mich zu sehen. . . . Sein Anblick ist übrigens wirklich schreckenerregend. — Dich hält er in sehr freundlichem Andenken.

Lebe wohl. Grüße mir vielmals Deine Frau und meine dortigen Freunde und laß bald etwas von Dir hören

Deinen F. Lassalle.

(Schluß folgt.)

Krieg und Presse.

Von Ernst Däumig.

Die Einschränkungen, unter denen die Presse nun schon seit Wochen arbeiten muß, sind nur die praktische Ausführung einer strategischen Theorie, die in der Logik des Krieges begründet ist, von der aber die meisten Journalisten vorher recht wenig Ahnung hatten.

Diese Theorie ergibt sich in fast klassischer Kürze und Klarheit aus einem Buche, das mit zu den bedeutsamsten Erscheinungen der deutschen Militärliteratur gezählt werden kann. Es ist das Werk „Strategie" des Generals der Infanterie z. D. von Blume, dessen erste Auflage bereits im Jahre 1882, als Blume noch nicht „von" und Generalstabs-Oberst war, erschienen ist. Was in diesem Buche über den Krieg im allgemeinen sowie über die Wechselwirkung zwischen Krieg und Politik gesagt wird, ist derart, daß es unter den heutigen Verhältnissen vom sozialistischen Standpunkte kaum erörtert werden kann. Bei einer späteren Untersuchung der Vorgeschichte des Weltkrieges werden diese Kapitel neben manchen anderen militärpolitischen und theoretischen Werken und Schriften der Generäle von Bernhardy, Keim, Liezmann usw. noch oft erwähnt werden müssen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß Herr von Blume auch die Presse in den Bereich seiner strategischen Studie zieht. Und die rauhe Wirklichkeit des Krieges zeigt, daß seine theoretischen Lehren von der Heeresleitung restlos zur praktischen Anwendung gebracht worden sind. In dem Werke Blumes heißt es da in dem Kapitel „Von dem Verbergen der eigenen Absichten":

„Besonderes Augenmerk ist auch darauf zu richten, daß in der Heimat von kriegerischen Maßnahmen und Ereignissen womöglich nichts öffentlich bekannt wird, was für den Feind wissenswert ist, da ihm dies sonst unter den gegenwärtigen Umständen nicht vorenthalten werden kann.

In Kulturstaaten mit allgemeiner Wehrpflicht wird die Kriegsleitung in dieser Hinsicht freilich stets auf große Schwierigkeiten stoßen, dem berechtigten Interesse der Nation an den Schicksalen des Vaterlandes, welche vom Verlauf des Krieges abhängen, sowie die Sorge, welche alle Daheimgebliebenen um die vor dem Feinde stehenden Angehörigen empfinden, muß insoweit Rechnung getragen werden, daß die opferfreudige Mitwirkung des ganzen Volkes und aller Organe des Staates gesichert bleibt.

Es würde gefährlich sein, den Einfluß zu unterschätzen, welchen die im Lande herrschende Stimmung auf den Verlauf des Krieges ausübt. Eine gedrückte Volksstimmung lähmt nicht allein die heimatlichen Kräfte, sondern wirkt auch auf den Geist des aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangenen Heeres zurück, dessen Angehörige unter heutigen Verhältnissen mit der Heimat im Verkehr bleiben. Wollte man diesen Verkehr abschneiden, so würde darunter die Stimmung im Heere wie im Lande leiden."

Diese Grundsätze stellen die Heeresleitung vor zwei recht schwer miteinander zu vereinigende Aufgaben: Verheimlichung ihrer Absichten dem Feinde gegenüber und Erhaltung der Kriegsfreudigkeit beim eigenen Volke. Diese Grundsätze sind maßgebend für die Formulierung der amtlichen Mitteilungen an die Presse. Die Militärzensur der einzelnen Korps- und Kommandobezirke sorgt dann dafür, daß die Zeitungen die knappen amtlichen Meldungen nur im Rahmen dieser Grundsätze erläutern und glossieren. Der bürgerlichen Presse ist diese Aufgabe nicht schwer geworden. Ja, sie hat in ihrem Uebereifer selbst der Heeresleitung des Guten manchmal zuviel getan. Das beweisen unter anderem die häufigen amtlichen Warnungen vor den sinnlosen Spionenhetzen, den törichten Automobiljagden usw. Und so manche Zeitungsmeldung, die Anfang August den Furor teutonicus entfesselte, z. B. die Geschichte von der Brunnenvergiftung durch Cholerabazillen in Metz, die angebliche Verseuchung des Müggelsees bei Berlin usw., mußte, leider oft zu spät, dementiert werden. Auch die von

einem großen Teile der bürgerlichen Presse beliebte Methode, die Gegner in Bausch und Bogen als ein feiges, verkommenes, verlumptes, stiefelloses Räubergesindel hinzustellen, mußte mehrmals von der Heeresleitung gerügt werden. Bei alledem sollte man sich darüber klar sein, daß die offizielle Berichterstattung nach den oben angeführten Grundsätzen geregelt ist, Grundsätzen, die sich aus den Erfordernissen und der Logik der Kriegslage ergeben, die aber, selbst wenn die Einzelheiten der Meldungen nichts Unwahres enthalten, nicht der Wahrheit im Sinne des alle Zusammenhänge überschauenden objektiven Historikers zu entsprechen brauchen. Sagt doch selbst General v. Blume: „Ein bisweilen mit Erfolg anzuwendendes Mittel, dem Gegner unsere Handlungen und Absichten zu verbergen, bietet sich in der Verbreitung falscher Nachrichten."

Bei solchen militärischen Anschauungen über Kriegsberichterstattung ist es ganz selbstverständlich, daß für fremde Kriegskorrespondenten in den Lagern der deutschen Armeen kein Platz mehr ist. General v. Blume bezeichnet die Zulassung solcher Korrespondenten als „ganz verwerflich". Aber auch das, was in diesem Weltkriege den deutschen Zeitungen für die Kriegsberichterstattung im engeren Sinne zugebilligt wurde, ist doch nur Dekoration. Kaum ein Dutzend deutscher Kriegskorrespondenten sind auf das Ost- und Westtheer verteilt worden. Sie sind der Kontrolle eines Generalstabsoffiziers unterstellt, dem jede Zeile, die sie schreiben, jedes Telegramm, das sie absenden, zur Begutachtung vorgelegt werden muß. Von den eigentlichen kriegerischen Ereignissen werden sie sorgsam ferngehalten. Erst nach den Kämpfen dürfen sie über die Schlachtfelder fahren und Eindrücke sammeln. Ihre Zeitungen daheim aber sind angewiesen, die Berichte unverändert zu bringen, sie müssen sie sogar noch einmal der heimatlichen Militärzensur vorlegen, die nicht selten auch noch Streichungen darin vornimmt. Es sind das alles Maßnahmen, die vom Standpunkte der Heeresleitung begreiflich sind. Tatsächlich läuft aber die Aufgabe dieser modernen Art der Kriegsberichterstattung darauf hinaus, die lapidaren Meldungen des Generalstabes zu wiederholen und mit epischem Beiwerk auszuschmücken. Daraus begreift sich dann auch, daß die eigenen Kriegsberichte der verschiedenen großen Zeitungen sich ähneln wie ein Ei dem anderen. Höchstens die Stimmungsbilder über Land und Leute der Kriegsschauplätze und über die Kriegswirkungen zeigen etwas subjektive Eigenart.

So kam es, daß das deutsche Volk in den ersten Kriegswochen so gut wie gar nichts über die Zahl der aufgestellten Armeen und deren Verteilung auf die Kriegsschauplätze, ebensowenig über ihre Führer und Zusammensetzung erfuhr. Im Deutsch-Französischen Kriege von 1870/71, in dem sich die Kriegsberichterstattung doch schon erhebliche Einschränkungen gefallen lassen mußte, war es anders. Vor kurzem hat das „Militär-Wochenblatt" darauf hingewiesen, daß es 1870 bei Ausbruch des Krieges in der Lage war, wesentliche Teile der Kriegsgliederung und weiterhin ausführlichere authentische Nachrichten über den Kriegsverlauf bekanntzugeben. So stand bereits am 13. August 1870 ein genauer Gefechtsbericht über die Kämpfe bei Spichern vom 6. August im „Militär-Wochenblatt". Im heutigen Weltkriege war auch diesem halbamtlichen militärischen Fachblatte eine solche prompte Berichterstattung völlig unterbunden. Es konnte erst am 27. August seine ersten, mehr als summarischen Ausführungen über Mobilmachung und ersten Auf-

marsch bringen. Und so hängt auch jetzt noch, bei Beginn des dritten Kriegsmonats, über Organisation und Operation der Heere ein dichter Schleier. Natürlich auch wieder aus strategischen Gründen. General v. Blume sagt darüber in seinem grundlegenden Werk:

„Dagegen wird streng darauf gehalten werden müssen, daß während der ganzen Dauer des Krieges über Truppenbewegungen und Kriegsvorbereitungen, welche sich hinter der Armee, in heimatlichem oder feindlichem Lande, vollziehen, keinerlei außeramtliche Veröffentlichungen stattfinden. Alle derartigen Maßnahmen, mögen sie in der Bildung oder Zusammenziehung neuer Truppenkörper, in der Herstellung von Kriegsmitteln, in der Befestigung von Oertlichkeiten oder worin auch immer bestehen, sind für mehr oder weniger entfernte Eventualitäten bestimmt, und es ist stets nachteilig, wenn der Feind von ihnen weiß, bevor er sie an ihrer Wirkung erkennt."

Diese Methode der Verschleierung der Kriegsvorgänge birgt natürlich eine große Gefahr in sich. Die durch die Kriegsereignisse und ihre Begleiterscheinungen erzeugte fieberhafte Spannung und Erwartung ist ein fruchtbarer Boden für das Emporwuchern wilder und unkontrollierbarer Gerüchte. Die Urheber solcher Gerüchte berufen sich sehr häufig auf militärische Bekanntschaften, die nach ihrer Meinung die zuverlässigsten Gewährsmänner in Kriegsfragen sind. Was von solchen Quellen zu halten ist, zeigt uns wiederum das strategische Werk Blumes. Es heißt da:

„Auch in den militärischen Kreisen dürfen, um Indiskretionen vorzubeugen, die Absichten der Führer nicht weiter und nicht früher bekannt werden, als die Ausführung unbedingt erheischt. Von den Plänen des Feldherrn und von den Anordnungen, welche er trifft, muß selbst im Stabe desselben jeder einzelne nur soviel wissen, als für sein Tätigkeitsgebiet notwendig ist, und alle haben die Verpflichtung, das Geheimnis so streng zu bewahren, daß selbst auf ihren Mienen nichts davon zu lesen ist."

Aus alledem geht hervor, daß die Zeitungen auch Informationen aus unverantwortlichen militärischen Kreisen sehr skeptisch gegenüberstehen müssen. Und da sie ihre gesamten militärischen oder militärpolitischen Notizen und Artikel der Militärzensur vorlegen müssen, die in den einzelnen Korpsbezirken verschieden gehandhabt wird, so ergibt sich, daß die Presse während dieses Weltkrieges ein umfassendes und klares Bild der Kriegsereignisse unmöglich geben kann. Kommt dann noch hinzu, daß in vielen Redaktionen Leute sitzen, die derartige Laien in militärischen Dingen sind, daß sie eine Kompagnie nicht von einer Division zu unterscheiden wissen, Leute, die an die gigantischen Dimensionen dieses Weltkrieges und seine komplizierte Technik mit naiven Auffassungen herantreten, die der Kriegsführung vor hundert Jahren entsprechen, dann braucht man sich über Uebertreibungen, törichte Verallgemeinerungen und schiefe Urteile, an denen auch unsere Parteipresse überreich war, nicht zu wundern. Da wurden einfache Grenzschutzgefechte, die in der Kriegsgeschichte der Zukunft kaum eine Zeile beanspruchen, als große, welterschütternde Schlachten verkündet und was dergleichen Entgleisungen mehr sind.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Unterordnung der Presse unter den Kriegszweck nicht allein in Deutschland durchgeführt wird. In allen kriegführenden Ländern werden die Zeitungen nach den gleichen strategischen und militärpolitischen Grundsätzen reglementiert. Aber in keinem

Lande ist die Presse so restlos in die Linie eingeschwenkt, die ihr die Heeresleitung angewiesen hat, als in Deutschland. Wer in den letzten Wochen englische und französische Zeitungen in die Hand bekommen hat, der konnte sehen, daß in diesen Ländern der bürgerlichen Demokratie auch im Kriegszustande noch ein reiches Maß von Preßfreiheit vorhanden ist. Besonders englische Zeitungen bringen Dinge politischer und militärpolitischer Natur, die in Deutschland in ähnlicher Weise nicht geschrieben werden dürften. Auf dem Boden dieser Preßfreiheit gedeihen dann natürlich auch die Lügen und Uebertreibungen zuungunsten Deutschlands, an denen die englisch-französische Presse der verschiedenen Kapitalisten- und Chauvinistenkreise überreich ist. Soweit aber die amtliche Berichterstattung im Lager der Gegner Deutschlands in Frage kommt, so muß gesagt werden, daß sie ruhig gehalten ist, aber natürlich von den gleichen strategischen Grundgedanken getragen wird, die General von Blume für die deutsche Heeresleitung aufgestellt hat. Es ist daher sehr begreiflich, wenn die gegnerischen amtlichen Kriegsberichte die Dinge so darstellen, wie es die verschiedenen Heeresleitungen für ihre Zwecke für notwendig halten. Die Kriegsberichterstatter der englischen Zeitungen, die im französischen Lager zugelassen sind, klagen sehr lebhaft über die dürftigen Informationen, die ihnen General Joffre zukommen läßt. Genau so erging es den französischen Zeitungen. So hat erst vor kurzem der Kriegsminister Millerand die Kommandeure der einzelnen Bezirke streng angewiesen, die Zeitungszensur unnachsichtlich durchzuführen. Ueberall trägt die Zensur aber das gleiche Gesicht: Größte Zurückhaltung in bezug auf militärische Organisation und kriegerische Operationen; — größte Freiheit für alles, was die Kriegsstimmung, Kriegsbegeisterung, Erbitterung gegen den Gegner und den nationalen Egoismus fördert. Beides Dinge, die mit der objektiven historischen Wahrheit nur zu oft im Widerspruch stehen. Ueber diese Tatsache sollten sich vor allem auf dem Boden sozialistischer Wissenschaft stehende Redakteure klar sein.

Die Haltung, die der Presse der kriegführenden Länder der Kriegszweck aufzwingt, bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Presse der neutralen Länder. Hier strömen die amtlichen Nachrichten der verschiedenen Hauptquartiere zusammen, hier in den Redaktionen der neutralen Zeitungen vernimmt man auch das chaotische Stimmengewirr der Blätter aller kriegführenden Staaten, da jede Zeitung an ihrem Teil bestrebt ist, das eigene Land ins Recht, den oder die Gegner aber in das himmelschreiendste Unrecht zu setzen. Nur wenigen neutralen Zeitungen ist es da möglich, wenigstens einigermaßen die Mittellinie zu ziehen. Auch bei ihnen spielen nationale Sympathien oder Antipathien, bestimmte Wirtschafts- oder Klasseninteressen in der Beurteilung der Kriegsvorgänge eine Rolle und trüben das objektive Urteil, das vielleicht noch am besten gewahrt wird in einem Teile der Schweizer, holländischen und skandinavischen Parteipresse, sicherlich aber in keinem bürgerlichen Organ der neutralen Länder.

Sogar die amerikanische Presse wird von der Kriegszensur in Mitleidenschaft gezogen. Die wilde Sensationspresse des Dollarlandes hat zwar gute Tage; sie kann die tollsten Kriegsgeschichten in die Welt setzen. Aber auch in Amerika finden die wüstesten Uebertreibungen einmal ihre Grenze. Auch hier will das ernsthaft zu nehmende Publikum Tatsachen über den

Weltkrieg erfahren. Aber die Korrespondenten der großen amerikanischen Blätter in den kriegführenden Ländern führen bittere Klage darüber, daß keiner von ihnen als Kriegsberichterstatter hüben wie drüben zugelassen worden ist. Ganz besonders scharf scheint man aber in England den amerikanischen Korrespondenten auf die Finger zu sehen, und in einer Anzahl großer amerikanischer Blätter wendet man sich entrüstet gegen „die Brutalität des Offizialismus Europas".

Dabei hat sich die Heeresleitung der Vereinigten Staaten selbst die Grundsätze der Strategie in bezug auf die Presse zu eigen gemacht. Erst Anfang des Jahres 1914 erließ das nordamerikanische Kriegsdepartement eine Reihe von Vorschriften für Zeitungskorrespondenten, die auf den mexikanischen Kriegsschauplatz gehen wollten. Da mußten zunächst 1000 Dollar hinterlegt werden für Verpflegungs- und Ausrüstungsgegenstände. Weitere 2000 Dollar mußten als Kaution „für passende Führung" des Korrespondenten eingezahlt werden. Erschien die Führung nicht passend, so verfielen die 2000 Dollar einer wohltätigen Anstalt. Am bedeutsamsten aber war, daß der Korrespondent eine eidesstattliche Versicherung abgeben mußte, allen militärischen Anordnungen in loyaler Weise nachzukommen. Als Zensor war in Washington wie bei der Armee je ein aktiver Offizier tätig, der alle Briefe, Berichte wie Depeschen prüfte und mit seinem Genehmigungsstempel versah, ohne den nichts veröffentlicht werden durfte. Grundsätzlich war verboten, die Namen von Regimentern und Kommandeuren zu nennen, über Truppendispositionen, den Zustand des Armeetransportwesens, die Zahl der Erkrankungen oder Verluste in Gefechten oder Schlachten u. dgl. zu berichten. — All dies und noch viel mehr wurde bereits im Frühjahr dieses Jahres, als noch kein Mensch in Europa an einen Weltkrieg dachte, vom amerikanischen Militarismus der Zeitungsberichterstattung vorgeschrieben. Braucht man sich da zu wundern, wenn in den Militärstaaten Europas die Presse erst recht unter die Kontrolle der Heeresleitungen gestellt wurde? Das ist eben, wir wiederholen es nochmals, für unsere Parteipresse die eiserne Logik des Militarismus. Aber die Notwendigkeit, sich unter dem Kriegszwange dieser Logik fügen zu müssen, schließt die Verpflichtung nicht in sich, die Politik des Militarismus und der Kreise, die hinter ihm stehen, bedingungslos mitzumachen.

Nein, gerade die sozialdemokratischen Zeitungen müssen sich in einer Zeit, in der die Presse sich den eisernen Kriegsnotwendigkeiten zu fügen hat, die Ruhe und Objektivität des Urteils wahren und sich darüber klar sein, daß die Behandlung alles dessen, was den Krieg betrifft, Gesetzen unterliegt, denen wir uns unterwerfen müssen, da Mars die Stunde regiert, die uns aber nicht zur Aufgabe unserer sozialistischen Grundsätze und Anschauungen zwingen können. Mit Sensationsgeschrei, Verallgemeinerungen und Uebertreibungen wird weder uns noch auch am letzten Ende der Heeresleitung gedient. Ruhe und Objektivität des Urteils wird uns auch für den kommenden Frieden, der sein einigendes Band doch auch wieder um die arbeitenden Völker schließen soll, von Vorteil sein.

Feuilleton

Das Unterseeboot.

Von **Richard Woldt.**

Der Torpedo wird als Geschoß vom Linienschiff oder Kreuzer benutzt. Die gewaltigen Leiber der großen Schiffsriesen haben am Bug (vorn) oder am Heck (hinten) ein paar Torpedoausstoßrohre, die meist sogar unter Wasser angeordnet sind. Wenn die großen Kampfschiffe sich mit ihren schweren Geschützen gegenüberstehen, sollen gelegentlich einige gut gezielte Torpedotreffer den Gefechtswert der Schiffsartillerie erhöhen. Allerdings hat die Anwendung des Torpedos hier nur einen Nebenzweck, er ist dann eine Gelegenheitswaffe.

Als Hauptwaffe wird der Torpedo abgefeuert vom Torpedoboot. Diese Schiffe sollen ausschwärmen und sich flink an die feindliche Flotte heranschleichen, um nach erfolgtem Abschuß sofort wieder zu verschwinden.

Das kann gelingen, aber es kann auch der Fall eintreten, daß ein Torpedoboot nicht zum Abfeuern seiner gefährlichen Waffe kommt. „Torpedobootzerstörer" haben rechtzeitig das Herannahen bemerkt und die ganze Gruppe der Torpedoboote mit dem Hagel der Geschosse ihrer Artillerie empfangen. Ein solches Artilleriefeuer kann die Kampffähigkeit der heranstürmenden Torpedoboote vollständig lahmlegen.

Auch die Kreuzer, die leichte Kavallerie im Geschwaderverband, suchen mit ihren Scheinwerfern nach Torpedobooten das Meer abzuleuchten. Wehe, wenn der gefährliche Feind „gesichtet" worden ist! Der Kreuzer nimmt die Verfolgung auf und es kommt zu einem ungleichen Kampf; das Torpedoboot tut gut, sich so schnell wie möglich durch die Flucht zu retten.

Gefährlich also für das Torpedoboot ist seine Sichtbarkeit, die gerade beim Nachtangriff durch die aufmerksame Bedienung der Matrosen an den Scheinwerfern weitgehend möglich wird. Dagegen ist das Unterseeboot ein Torpedoboot, das sein verderbenbringendes Geschoß, den Torpedo, in genügender Entfernung unsichtbar, unter Wasser, abfeuert.

Das Unterseeboot fährt „über Wasser" an den Feind heran, in genügender Entfernung wird „getaucht", das Schiff setzt seine Fahrt „unter Wasser" fort, feuert den Torpedo ab und sucht zunächst unter Wasser, nachher über Wasser zu entfliehen.

Für dieses Zerstörungswerk wird die Mannschaft eines Unterseebootes auf den kleineren Uebungsfahrten und nachher innerhalb des ganzen Geschwaderverbandes beim großen Flottenmanöver ausgebildet.

Es ist zweifellos in seiner Art ein malerischer Anblick, wenn aus dem Hafen von Kiel die großen Linienschiffe und Kreuzer herausdampfen. Vom Flottenflaggschiff aus, auf dem sich der Kommandant befindet, werden bei Tage durch Flaggensignale, abends und nachts durch Raketen und Scheinwerferblinker die Signale gegeben. Die wichtigste Nachrichtenübertragung

geschieht natürlich auch hier durch den Funkspruch, durch die drahtlose Telegraphie.

Der flinke Troß der Torpedoboote umschwirrt die großen Schiffe und an einer vom Kommando bezeichneten Stelle des gesamten Operationsgebietes liegt das Unterseeboot U ... auf der Lauer.

Das Luftschiff ist bereits der ganzen Flotte vorausgefahren und hat rekognosziert. Sobald der Führer des Luftschiffes dem Flottenchef hoch oben aus den Lüften durch Funkspruch berichtet hat, wo und in welcher Stärke sich der Feind befindet, entwirft der Flottenkommandant mit seinem Stab den Gefechtsplan. Und bald knackt ganz leise, vom nächsten großen Kreuzer gegeben, auf dem Empfangsapparat unseres Unterseebootes die Weisung, welche Operation diesem Gliede des Flottenkörpers zugedacht ist.

„Feind kommt von Norden, Torpedoboote, 6 kleine Kreuzer, 8 Linienschiffe."

An Bord des Unterseebootes kommt Leben in die Mannschaft.

„A. K." (Alle Kraft) wird unten im Maschinenraum das Kommando gegeben. Die Maschinen werden auf die höchste Leistung eingestellt und das Boot jagt in der Richtung dem Feinde zu.

„Sinken!"

Und nun vollzieht sich mit dem Boot während der nächsten fünf Minuten eine höchst eigenartige Veränderung: Der Schornstein wird heruntergeklappt, die Oeffnungen werden verschraubt, die Schanzbekleidungen auf dem Turm werden abgeschlagen, der letzte Deckel auf dem Einsteigschacht geschlossen.

Noch eine „Dichtungsprobe", die feststellen soll, ob auch wirklich alle Ventile dicht halten, und dann wird „getaucht".

Das Boot schlürft Wasser in seine Tanks, in seine Außenkörper, es wird schwerfällig und sinkt.

Eine prachtvolle Schilderung von einer solchen Unterseefahrt gibt der Marineschriftsteller G. F. Leberecht:

„Das Boot gleitet langsam in 13 Meter Wassertiefe einher. Nur was in wenigen Metern Entfernung auf das klare Fensterglas zueilt, fassen die Augen, weiterhin verschluckt die Wasserdichte alles mit ihren grünen Schleiern. Eine kleine Silberkugel eilt schräg aufwärts zum Lichte empor: ein Luftbläschen, das ein großer Fisch aufgegeben haben mag. Ein Sprottenschwarm kreuzt unsere Fahrt. Die Tierchen stehen wie Pflöcke senkrecht im Wasser — es ist ihre Paarungszeit und sie lassen sich in ihren Tänzen von dem großen Ungeheuer nicht stören. Da, Quallen, Quallen, die Menge! Eine große violette rafft eilig ihre Dessous zusammen, ein paar lange Bänder, wie abgerissene Volants, schleifen hinterdrein. Sie ist fast so groß wie eine Käseglocke. Kleinere segeln hinterher, die einen bläulich, die anderen mattrosa gefärbt, wieder andere wie zartes Alabaster. Oben scheint jetzt sicher die Sonne, alles strebt zum Licht. Oder es mag auch der Wasserwirbel sein, den unsere Fahrt erzeugt, der sie schnell emporgleiten läßt."

Ist denn die Besatzung, wenn das Boot taucht, wirklich abgeschlossen von der Oberwelt? Eine große Sorge für den Konstrukteur ist es gewesen, geeignete Apparate zur Orientierung während der Fahrt unter Wasser zu schaffen.

Für das sogenannte „indirekte Sehen", für die Beobachtung der Meeresfläche während des Aufenthaltes unter Wasser kommen Spiegelapparate zur Anwendung, mit deren Hilfe man imstande ist, beim Unterwasserfahren bis zu 7 Meter Tiefe den ganzen Horizont oder einen Teil desselben zu überblicken.

„Wo das Sehrohr, dieser einsame Stecken im Meere, sich zeigt, da ist schleunige Flucht für die großen Schiffe geboten. Trifft man es mit seiner leichten oder Mittelartillerie, so wird es zerstört und das U-Boot wird kampfunfähig. Aber ebenso könnte man verlangen, daß ein Seidenfaden auf 30 Meter Entfernung mit der Pistole geschossen wird. Das getauchte Boot wird von keinem Schuß erreicht."

Außer dem Sehrohr (Periskop) sind noch manch andere Apparate da, die der Werkstatt des Optikers oder Feinmechanikers entstammen und als Nervenzellen im Gehirn des Unterseebootes am Kommandostand sich befinden. Es ist z. B. ganz selbstverständlich, daß über die Leistung der Maschinen, über die Bewegungsgeschwindigkeit des ganzen Schiffes, Geschwindigkeitsmesser quittieren und ganz genau berichten, mit wieviel Knoten oder Seemeilen Geschwindigkeit das Unterseeboot vorwärts getrieben wird. Eine andere wichtige Frage ist, wie tief jeweilig das Boot taucht. Auch das wird durch einen besonderen Apparat angezeigt.

Die Anforderungen, die an die Bewegungsarbeit des Unterseebootes gestellt werden, zwingen dazu, zwei verschiedene Maschineneinheiten zu wählen.

Für die Ueberwasserfahrt waren zuerst Dampfmaschinen in Aussicht genommen, aber die damit angestellten Probefahrten hatten im allgemeinen keine zufriedenstellenden Erfolge ergeben. Die Kesselanlage, die eine sorgfältige Bedienung erfordert, die große Hitze, die bei der Dampfmaschinenanlage unvermeidlich ist und in den engen Bootsräumen sich doppelt störend bemerkbar macht, das langsame Anlaufen und Abstellen der Maschine — alle diese Schwierigkeiten haben viele Marinen veranlaßt, von einer weitgehenden Verwendung der Dampfmaschine in Unterseebooten Abstand zu nehmen.

Dann sind Verbrennungsmotoren ausprobiert worden: Spiritus, Benzin, Petroleum, Gasolin. Ihre Vorzüge bestehen in der schnelleren Einstellbarkeit und dem raschen verschließbaren Abzug der Verbrennungsgase, ihre Nachteile in dem leichten Entweichen der schädlichen Gase und der damit zusammenhängenden Explosionsgefahr.

Die meisten Vorteile bietet der Dieselmotor. Auch er gehört zu den Verbrennungsmotoren, unterscheidet sich aber von den anderen Typen dadurch, daß nicht in der Hauptsache vergaste brennbare Flüssigkeiten, sondern eine Mischung von Brennstoff und atmosphärischer Luft verwendet wird. Die Zündung erfolgt durch kräftiges Zusammendrücken der Luft im Arbeitszylinder, nachdem der Brennstoff unmittelbar vorher eingeblasen ist.

Einheitlicher als bei den Ueberwassermaschinen hat sich die Frage des Antriebs für die Fahrt unter Wasser geregelt. Fast überall wird die Elektrizität benutzt. Der Akkumulator als Kraftsparkasse muß herhalten. Die hier aufgespeicherte Elektrizität treibt einen Elektromotor und dessen Bewegungsenergie wird wieder auf die Propellerwelle übertragen.

Der Besuch des Maschinenraumes eines Unterseebootes lehrt uns, daß der Ingenieur hier keine Raumverschwendung treiben durfte. Eng zusammengedrückt sind alle Bestandteile der Maschine untergebracht. Die Matrosen haben hier unten einen schweren Dienst: Dumpfig und heiß ist ihr Aufenthaltsort; an Handrädern, Schrauben und Klinken, die dem Laien unerklärlich sind, hantieren die Leute, ein Brausen, Hämmern und Zischen erfüllt den Raum, die Kommandos von oben sind die Willenskundgebungen, die unten sofort in die Tat umgesetzt werden müssen.

Der Fremde, der Hafenplätze besucht, an denen Kriegsschiffe angelaufen sind, ist oftmals über das schlechte Aussehen einzelner Matrosen verwundert. Unter den Matrosen, die frisch und braun gebrannt im Gesicht sind, findet er Leute mit jener fettigen blassen Gesichtsfarbe, wie wir sie bei den Bergleuten, die viel unter Tage an schlechten Stellen arbeiten, wahrnehmen. In dem Fall braucht man nur nach den Uniformabzeichen zu sehen, es sind fast immer Matrosen des Maschinistenpersonals, deren Dienst auch ein Arbeiten „unter Tage" ist. . . .

Der Angriff eines Unterseebootes ist im Ernstfall immer eine Todesfahrt, nicht nur für das bedrohte Schiff, das angegriffen wird, sondern auch für das Unterseeboot selbst, das den Vorstoß unternimmt. Und gerade für den Dienst im Unterseebootswesen trifft das zu, was für die heutige Seekriegsführung überhaupt so charakteristisch ist: der Menschenkraft fällt die Auslösung der nach Tausenden von Metertonnen messenden mechanischen und chemischen aufgestapelten und bereitgestellten Triebkräfte zu. Der Soldat wird zum Wärter jener Energiemassen, die die Technik geschaffen hat. Durch die verbesserten technischen Hilfsmittel ist der Krieg schrecklicher geworden als jemals — ein Sieg der Technik, der mit Grausen erfüllt!

Anzeigen.

Das Recht während des Krieges. Eine Darstellung der für das Volk wichtigen Rechtsverhältnisse. Berlin, Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. 80 Seiten, 30 Pfennig.

Durch den Krieg wird das Privatrecht wie das öffentliche Recht beeinflußt. In welcher Weise dies der Fall ist, zeigt die vorliegende Zusammenstellung, soweit die Interessen der arbeitenden Schichten in Frage kommen. Es werden die Kriegsnotgesetze erläutert: Die Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung und des Wirtschaftslebens. Der Arbeiterschutz und der Krieg. Die gesetzlichen Zahlungsmittel während des Krieges. Der Schutz der durch den Krieg in der Wahrnehmung ihrer Rechte verhinderten Personen. Die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und Folgen nicht rechtzeitiger Zahlung. Der Krieg und die laufenden Verträge, besonders der Kaufvertrag. Abzahlungsgeschäfte im Kriege. Arbeitsvertrag und der Krieg. Familienrecht und der Krieg. Arbeiterversicherung und der Krieg. Vermögenslasten und Rayongesetz. Die Organisation der Arbeiter unter dem Kriegszustand. Die Unterstützung der Familien der zum Kriege Eingezogenen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.